



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

70 Jahre Grundgesetz Vertrauenskrise der Demokratie?

ab Seite 3

DEM DEUTSCHEN VOLKE

Journalismus

Die Digitalisierung politischer Kommunikation ist eine Herausforderung für die Demokratie. Journalismus, Medienlandschaft und politische Kultur verändern sich radikal.

ab Seite 13

Internationale Politik

Tausende protestierten 2011 in der arabischen Welt gegen ihre autoritären Regime. Acht Jahre nach dem „Arabischen Frühling“ werfen die Entwicklungen in der Region alte und neue Fragen auf.

Seite 17

100 Jahre Bauhaus

Die Hochschule für Gestaltung Ulm (hfg) wurde vor 50 Jahren geschlossen – Anlass für unser Symposium. Es zeigte Perspektiven für die Zukunft des Gestaltens einer nachhaltigen Umwelt auf.

Seite 21

Blick über den See

Inhalt

DEMOKRATIE

- 3** Zahlenzauber und Techniktricks
- 6** Verblasstes Vertrauen

INNENPOLITIK

- 9** Der neue europäische Datenschutz und seine Folgen
- 10** Auf dem rechten Auge blind?

DIGITALISIERUNG

- 12** Die Digitalisierung und der Mensch – das Beispiel Pflege

MEDIEN

- 13** Die offene Gesellschaft und ihre Gegner
- 16** Technik und Medieninnovationen – kein Nischenthema

INTERNATIONALE POLITIK

- 17** Verfluchte acht Jahre
- 19** „Wir leuchten mit Taschenlampen in Ecken“

ZEITGESCHICHTE

- 20** „Einen Plan konnte es dafür nicht geben“

KULTUR

- 21** Gestaltung als Mittel für Humanität und Demokratisierung

POLITISCHE BILDUNG

- 23** Frische Akzente und zukunftssträchtige Werte

PERSONALIA

- 25** Philosophin mit italienischen Wurzeln
- 26** Stabwechsel in der Pressestelle

AKADEMIE INTERN

- 5** Impressum
- 23** Offen für Kooperationen
- 24** Politische Bildung für Zivildienstleistende in der Tutzingener Akademie
- 26** Personalverzeichnis
- 26** Aus dem Beirat
- 27** Jahresbibliografien 2018
- 30** Medienspiegel
- 31** Termine
- 32** Namen – Nachrichten



Welchen Zweck muss Politik im demokratischen Rechtsstaat erfüllen? Im Kern ist es die Fähigkeit, die höchst unterschiedlichen Interessen von gesellschaftlichen Gruppen zu bündeln und Mehrheiten zu organisieren. Dabei sollen das Gemeinwohl und die Belange künftiger Generationen angemessen berücksichtigt und Kompromisse zwischen konkurrierenden Lösungsansätzen ge-

sucht werden. Schließlich müssen in die Bündnispolitik eingebettete politische Entscheidungen herbeigeführt werden, für die dann auch die politische Verantwortung übernommen wird.

Es ist anzunehmen, dass die Briten diese Erwartungen an die Politik teilen. Auch wenn sie selbst es waren, die ihren Repräsentanten mit dem Ausgang des Brexit-Referendums eine schier unlösbare Aufgabe aufgebürdet haben. Die Anforderung an die Politik, daraus jetzt das Beste zu machen, bleibt bestehen. Egal wie das Brexit-Chaos letztlich ausgehen wird – das Versagen der britischen Politik in buchstäblich jedem der oben genannten Punkte ist offensichtlich. Aber auch die Kontinental-EU hat wenig Anlass, stolz auf sich zu sein. So erfreulich die Geschlossenheit der Mitgliedstaaten bei den Verhandlungen mit der britischen Regierung auch sein mag, so sehr sollte uns etwas anderes schrecken: Offenbar ist die Sorge um den Zusammenhalt der Europäischen Union inzwischen so ausgeprägt, dass man Verhandlungspositionen, die für die Briten elementar sind, nicht nachvollziehen kann oder will: Erstens, warum die Briten sich natürlich einen „no-deal“ Brexit als Verhandlungsoption offen halten mussten. Zweitens, warum eine große Mehrheit des Unterhauses eine „Backstop“-Regelung ablehnte, die zwar den sehr berechtigten Sorgen der Republik Irland gerecht wird, aber eben nicht den ebenfalls berechtigten Sorgen des Vereinigten Königreichs.

Zweifelsohne: In dieser an Komplexität kaum zu übertreffenden Gemengelage waren einfache Lösungen von vornherein ausgeschlossen. Aber den zutiefst verunsicherten Briten hätte man gewünscht, dass sie mit einer Europäischen Union verhandeln dürfen, die nach innen und außen widerspiegelt, was ihren unschätzbaren Wert ausmacht. Denn dann wären die EU-Vertreter in der Weise aufgetreten, für die es nicht nur im Jahr der Europawahl Anlass gibt: Selbstbewusst und stolz darüber, dass es dieses einmalige Wirtschafts- und Friedensbündnis gibt und auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs geben wird.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

TITELFOTO: © SCHRÖDER (APB)

Zahlenzauber und Techniktricks

Wahlen und Wahlrecht sind in repräsentativen Demokratien das zentrale Bindeglied zwischen Wahlbürgern und Volksvertretern und damit das Kernstück der politischen Ordnung: Mit dem Wahlakt nehmen Bürger ihr Grundrecht wahr, am demokratischen Willensbildungsprozess mitzuwirken. Sie übertragen mit ihrer Stimme politische Entscheidungen an Abgeordnete und Parteien. Wahlrecht und Wahlen wirken unmittelbar auf die Machtverhältnisse und stehen so oft im Fokus von legaler wie illegaler Einflussnahme.

DIESE KANN auf dem Wege von Anpassungen des Wahlrechts erfolgen, etwa durch Zugangsregelung, Sperrklauseln, Grenzverschiebung von Wahlkreisen oder durch verschiedene Auszählmethoden. Dazu kommen Formen von Wahl(ver)fälschung und Wahlbetrug: sei es durch Manipulation von Stimmen, durch Missbrauch von Lücken in Wahlsystemen, bei Wahlmaschinen und beim E-Voting oder durch schlichte Zählfehler. Wie ist es tatsächlich um die Beeinflussbarkeit und Beeinflussung von Wahlsystemen bestellt? Wie kann man den vielfältigen Phänomenen von Wahl(ver)fälschung und -betrug entgegenwirken? Wie lässt sich gewährleisten, dass Wahlen nachhaltig Legitimationskraft entfalten und so Demokratie stabilisieren?

Legitimation durch Wahlen

Wahlen dienen zunächst der Auswahl einer bestimmten Anzahl von Personen zur Herrschaftsausübung. Damit sie dabei eine legitimationsbegründete Kraft entfalten, müssen sie nach Joachim Behnke (Zeppelin Universität Friedrichshafen) neben den Grundsätzen der allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahl folgenden Anforderungen entsprechen:

- Die Auswahl muss mit einem Verfahren erfolgen, das von allen gebilligt wird, damit das Ergebnis auch von den Verlierern akzeptiert wird.
- Das Verfahren darf nicht mit vernünftigen Gründen zurückgewiesen werden können.



© SIEGMUND (APB)

- Es muss „gute“ Gründe geben, das Verfahren zu akzeptieren. Dazu gehören Wahrheit, Fairness und Gerechtigkeit.
- Und schließlich muss das Wahlsystem neutral sein gegenüber Wahlalternativen.

Suche nach dem optimalen System

Dass die Ausgestaltung von Wahlsystemen auch in funktionierenden Demokratien immer wieder Stein des Anstoßes ist, liegt nach Eric Linhard (TU Chemnitz) insbesondere daran, dass es stets Zielkonflikte bei den Anforderungen an Wahlen gibt. Denn diese sollen eben nicht nur den demokratischen Prinzipien genügen, sondern auch funktional sein und folgende Kriterien erfüllen:

- *Proportionalität*: Volksvertretungen sollen die Wählerschaft abbilden und unterschiedliche Gruppen entsprechend ihrer Stärke repräsentieren.
- *Konzentration des Parteiensystems*: Zugleich sollen Wahlsysteme die Präferenzen von Wählern konzentrieren und möglichst eindeutige Regierungsmehrheiten hervorbringen.
- *Einflussnahme auf Personen*: Wahlsysteme sollen Wählern die Möglichkeit verschaffen, auch auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments Einfluss nehmen zu können.
- *Verständlichkeit*: Der Wähler soll in der Lage sein, das Wahlsystem zu verstehen und die Folgen seiner Entscheidung abschätzen zu können.
- *Permissivität*: Und schließlich sollen Wahlsysteme neuen Strömungen eine faire Chance des Zugangs in die Repräsentationsorgane bieten.

Jedes Wahlsystem ist letztendlich ein Kompromiss, der diese fünf Kriterien auszubalancieren sucht. Er unterliegt einer ständigen Auseinandersetzung um seine konkrete Ausgestaltung. Daraus ergibt sich ein per-

manenter Anpassungsbedarf an veränderte politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, der die Debatten zusätzlich anfeuert. Kein Wahlsystem könne unter allen Umständen und zu allen Zeiten perfekt sein, so Linhart.

Unzutreffende Abbildung des Wählerwillens

Wahlsysteme erscheinen insbesondere dann problematisch, wenn sie den bekundeten Wählerwillen unzutreffend darstellen. So sind auch Wahlfälschung, Manipulation und unangemessenes Wahlsystem nur verschiedene Aspekte desselben Problems, nämlich der Verzerrung des Wählervotums. Die Bandbreite reicht von legaler bis zu illegaler Einflussnahme.



Eric Linhart: „Kein Wahlsystem kann unter allen Umständen und zu allen Zeiten perfekt sein.“

© Haas (APB)

- **Legal:** „Normales“ Wirken des Wahlgesetzes, wie z.B. der Konzentrationseffekt eines Mehrheitswahlrechts oder von Sperrklauseln und weiteren Zugangsberechtigungen.
- **Illegitime,** wenn nicht illegale Manipulation, etwa in Form des manipulativen Zuschnitts von Wahlkreisen, in Form der Instrumentalisierung strategischen Wählens oder auch durch unzulässige Einflussnahme fremder Mächte.
- **Illegal:** Wahlfälschung.

Das erste Phänomen erscheint noch als nötiges Übel hinnehmbar. Die beiden letzten sind eklatante Defizite einer Demokratie.

Repräsentationslücken in den USA

Ein instruktives Beispiel eines antiquierten Wahlsystems, dessen funktionale Kriterien den Rahmenbedingungen nicht angepasst worden sind, liefern die USA. Die Folge: Die Präsidentschaftswahlen sind nur eingeschränkt repräsentativ, so Johannes Thimm (Stiftung Wissenschaft und Politik). Das heutige US-Wahlsystem steht in der Tradition der Gründerväter, die dem eigenen Volk nicht ganz über den Weg trauten. Um – und das erscheint derzeit als Ironie der Geschichte – „schlimme“, populistische Präsidenten zu verhindern, wurde das System der zwischengeschalteten Wahlleute (electoral college) eingeführt. Verbunden damit, dass die Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesstaaten isoliert voneinander ermit-

telt werden, führt das System zu der Anomalie, dass Kandidaten die Präsidentschaft auch ohne die Mehrheit der Wählerstimmen (popular vote) erringen können: so wie Donald Trump.

Eklatante Repräsentationslücken tun sich aber auch bei den Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus auf: Zum einen infolge des relativen Mehrheitswahlrechts, das dazu führt, dass die Stimmen der Unterlegenen am Ende praktisch nichts mehr wert sind; zum anderen durch die Praxis des Wahlkreischnitts (Gerrymandering): Da in den USA die Durchführung der Wahlen von den Einzelstaaten organisiert wird, neigen die dort jeweils dominierenden Parteien dazu, die einzelnen Wahlkreise so zu teilen, dass sie ihre strukturelle Mehrheit langfristig untermauern können. Nicht zuletzt zeigt sich eine deutliche Verzerrung mit Blick auf den US-Senat, in dem jeder Bundesstaat zwei Stimmen hat – und mit diesen zum Beispiel 1,5 Millionen Einwohner Idahos, aber auch 40 Millionen Einwohner Kaliforniens vertreten werden.

Wahlverfälschungen in Deutschland

Auch wenn Wahlsystem und -praxis in Deutschland im internationalen Vergleich durchaus als mustergültig gelten, sind auch hierzulande mutmaßliche Defizite und Vorbehalte Gegenstand von Diskussionen. Angeprangert werden dabei aber weniger bewusste Manipulationen als vielmehr eine gewisse Fehleranfälligkeit. Mögliche Zähl- oder Zuordnungsfehler können auch zu einer Wahlverfälschung führen.

So führte Andreas Kohlsche (Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung in Ulm) folgende Fehler auf, die nachweislich bei der Ermittlung von Wahlergebnissen unterlaufen:

- Zählfehler,
- Verschwinden von Wahlbriefen,
- Verschiebung von Zweitstimmenzahlen in den Listen und Überschreibung von Ergebnissen
- und Verdopplung von Briefwahlergebnissen.

Dies seien zwar stets Einzelfälle, die in keinem systematischen Zusammenhang stünden, doch kämen sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit vor. Kohlsche identifizierte Stellschrauben, mit denen der Fehleranfälligkeit beizukommen wäre: etwa eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wahlhelfer, um deren Motivation zu steigern, bei der Stimmenausschüttung sorgfältig und in Ruhe vorzugehen. Klaus Pötzsch, Pressesprecher des Bundeswahlleiters, räumte ein, dass es keine absolute Perfektion gibt: „Fehler, menschliches Versagen sowie Manipulationsversuche auf einer sehr niedrigen Stufe gibt es selbst in dem besten Wahlsys-

tem.“ Hier käme es vor allem auf Verfahren an, wie mit solchen Fehlern umzugehen ist, und diese seien durch das deutsche Recht hinreichend gesichert.

Einflussversuche

Insgesamt konstatiert Pöttsch eine gewisse Hysterie um Wahlen in Deutschland – zumal dann, wenn die Worte Wahlfälschung und Wahlmanipulation inflationär benutzt werden. Die endgültigen Abweichungen nach Wahlprüfungen bewegen sich bei Bundestagswahlen im sehr niedrigen Promillebereich.



Stefanie Schiffer plädierte für eine Förderung von Medienkompetenz und politischer Bildung.

Stefanie Schiffer (European Platform for Democratic Elections (EPDE)) fragte, inwieweit Kritik an Wahlen in Deutschland instrumentell geübt wird, um Wahlergebnisse infrage zu stellen und das System zu delegitimieren. Sie plädierte neben der Optimierung des Wahlrechts vor allem für eine Förderung von Medienkompetenz, der politischen Bildung und Urteilskraft. Denn bereits vor dem Wahltag – und damit abseits der Wirkung vom Wahlrecht – können Wahlergebnisse beeinflusst werden: durch Mobilisierungskampagnen über sog. soziale Medien und gezielte Desinformationspolitik auf der Grundlage von Big-Data-Modellen, durch Cyber-Attacken aus dem In- und Ausland oder ganz altmodisch durch Erpressungsversuche und Einschüchterungen.

Wahlen im Big Data-Zeitalter

Die digitale Transformation stellt eine besondere Herausforderung für die Legitimität von Wahlen dar: Verschwörungstheorien auf YouTube, Bots auf Twitter, sich selbst radikalisierte Facebook-Gruppen, viel zu laxen Kontrollen für Werbung auf großen Websites und Suchmaschinen. Nach den Worten von Patrick Beuth, Redakteur im Ressort Netzwelt von SPIEGEL Online, tobt mittlerweile in den sozialen Netzwerken

ein regelrechter Informationskrieg. Dessen Ziel sei es nicht, einer Partei oder Kandidaten zum Sieg zu verhelfen. Es gehe vielmehr darum:

- Wähler zu demotivieren und eine allgemeine Unzufriedenheit herzustellen;
- Lügen im öffentlichen Diskurs zu verbreiten und zu wiederholen, bis sie im Extremfall als Wahrheit anerkannt werden;
- Gesellschaften zu polarisieren und zu spalten;
- das eigene Gesellschaftsmodell letztlich als überlegen darzustellen.

Beuth findet es allerdings illusorisch, gegen solche Kampagnen durch gesetzgeberische Maßnahmen vorzugehen. Denn zum einen „dienen netzpolitische Gesetze maximal der Abschreckung von Amateuren“. Zum anderen erfolgen die Vergehen meist aus einem anderen Rechtsraum und seien somit nicht sanktionierbar.

So stellt auch Gerhard Schabhüser, Vizepräsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), fest, dass „Deutschland bei Cyber-Angriffen aus dem Ausland quasi ein wehrloser Staat“ ist. Gleichwohl gibt es Handlungsspielraum: Man könne zwar die Manipulationsversuche nicht unterbinden. Vielmehr gelte es, zum einen durch den Ausbau von angriffsrobuster IT-Infrastruktur und Bereinigung von Sicherheitslücken präventiv zu agieren. Zum anderen solle man den Fokus auf Monitoring sowie Reaktionsfähigkeit legen, sodass man im Falle von Cyber-Attacken unverzüglich und effektiv nach Routineszenarien Gegenmaßnahmen ergreifen kann. Vorrangig aber müsse auf die Förderung von Medien- und Digitalisierungskompetenz in der Bevölkerung gesetzt werden. Dazu gehört das Antrainieren eines reflektierten Umgangs mit Posts in den sozialen Netzwerken sowie insgesamt eine differenzierte Rezeption von medialen Inhalten.

Durch dieses Maßnahmenbündel – Prävention, Reaktionsfähigkeit und digitale Kompetenz – lasse sich effektiv die Wirkung von Desinformationskampagnen im Netz reduzieren. Manipulationsversuchen würde so der Nährboden entzogen.



Andreas Kalina

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Verblasstes Vertrauen

Demokratien lassen sich ohne Vertrauen in die Institutionen, in Amts- und Mandatsträger, in Medien sowie in die Eliten in Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft nicht aufrechterhalten.

DIE HEUTIGEN ANZEICHEN von Krisen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft liegen zum Teil darin, dass dieses Vertrauen zunehmend schwindet. Etablierte Institutionen wännen sich zunehmend in einer Glaubwürdigkeitskrise. Zugleich scheint es immer mehr an einer am Allgemeinwohl orientierten Verantwortung des sog. Establishments zu mangeln – sei es in der Politik, Wirtschaft oder Medien. Wie ist es aber tatsächlich um Vertrauen und Misstrauen im Spiegel aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen bestellt?

Fundament für Innovationen

Martin Schweer, Leiter des Zentrums für Vertrauensforschung an der Universität Vechta, argumentiert, dass Vertrauen einen wirkungsvollen Mechanismus zur Reduktion von Komplexität darstellt. Es führt zur Befriedigung von Sicherheits- und Kontrollbedürfnissen und schafft zugleich die Basis für eine kritische Auseinandersetzung mit Herausforderungen sowie eine Sensibilität für Warnsignale. Zum einen bildet es erst die Basis dafür, eine faire Interessen- und Wertrepräsentation zu erwarten, so auch Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Zum anderen stellt es das Fundament für Innovationen her, die ohne Zuversicht und Vertrauensvorschuss undenkbar sind.



Wolfgang Merkel: „Die Gesellschaft spaltet sich in Kosmopoliten und Kommunitaristen.“

© Fischer/Haas (APB)

Mangelndes Vertrauen fördere auf der anderen Seite ein kritisches Hinterfragen von Machteliten. Misstrauen gehe schließlich stets mit reduzierter Motivation und (zu) starkem Kontrollreflex einher.

Vertrauen ist stets eine subjektive Kategorie – sozial, politisch oder ökonomisch. Zudem müsse Vertrauen von blindem Vertrauen unterschieden werden,



© GERALT/PIXABAY

das nicht auf Erfahrungen und Reflexion aufbaue und so auch keine nachhaltige Wirkung entfalten könne.

Komplexe Herausforderungen

Vertrauen könne man, so Schweer und Merkel, nicht verordnen. Es müsse sich aus Überzeugung entwickeln. Insofern spielen Faktoren wie Authentizität, Respekt sowie Wertschätzung eine zentrale Rolle. Vertrauen ist das Resultat eines längerfristigen Wechselspiels von Person und Situation. Misstrauen etabliert sich dagegen deutlich zügiger: Vertrauensbrüche können gewonnenes Vertrauen abrupt und massiv sinken lassen. Der Wiederaufbau ist dann entsprechend mühsam und kein Automatismus.

Der rapide Wandel unserer Gesellschaft ist gekennzeichnet durch viele komplexe Herausforderungen: Globalisierung und Europäisierung, demografischer Wandel, Digitalisierung, Klimawandel und neue Ungewissheiten auf internationaler Bühne. Die Folge: erhöhtes Unsicherheitsempfinden und wachsende Ängste. Vertrauen ist aber mehr denn je erforderlich bei der Bewältigung der genannten Herausforderungen.

Erosion der Volksparteien

„Wann war die Demokratie demokratischer als heute?“ fragte Wolfgang Merkel. „Befindet sich die Demokratie überhaupt in einer Krise?“ Denn vor allem die saturierte Ober- und Mittelschicht bringe der Demokratie nach wie vor ein hohes Maß an Vertrauen entgegen. Bei der (in ihrer Wahrnehmung) abwärtsbedrohten Mittelschicht sowie in der Unterschicht fällt das Vertrauen geringer aus. Anzeichen dafür seien der Mitgliederrückgang in gesellschaftli-

chen und politischen Organisationen, die irreversible Erosion der Volksparteien sowie der Anstieg von Proteststimmen für extreme Positionen besonders am rechten Rand.

Klare Grenzen

Merkel sieht eine soziokulturelle Spaltung der Gesellschaft. Auf der einen Seite stehen die Kosmopoliten, die in der Mobilität, offenen Grenzen und im Kulturaustausch ein hohes Gut sehen. Ihnen gegenüber steht der nationalistisch-kommunitarische Gegenpol. Bei denen ist die Forderung nach klaren Grenzen die zentrale Kategorie. Damit meinen sie Staatsgrenzen, gesellschaftliche Grenzen und Kompetenzgrenzen europäischer Institutionen. Bei der ersten Gruppe aus der vorwiegend urbanen Bevölkerung falle der Vertrauensvorschluss nach wie vor hoch aus. Bei der zweiten Gruppe haben hingegen enttäuschte Erwartungen wegen vermeintlichem Versagen und Schwäche zum anhaltenden Vertrauensverlust geführt. Sowohl die Qualität als auch die Verletzlichkeit der europäischen Demokratien hätten zugenommen. Dies sei zwar eine Herausforderung, aber keineswegs eine existenzielle Bedrohung.

System der Inszenierung

Man könne der österreichischen Regierung vieles vorwerfen, nicht aber, dass sie ihr Programm nicht durchziehen würde, so Katrin Praprotnik vom Democracy Lab an der Donau-Universität Krems. Dem entsprechend wurde als Motto für die österreichische Ratspräsidentschaft 2018 „Ein Europa, das schützt“ ausgerufen. Die Schwerpunkte des innenpolitischen Programms liegen auf einer Verschärfung des Asylrechts, Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Steuerboni für Familien. All das wird von einem modernen Kommunikationsstil getragen, der ganz auf die ÖVP als „Die neue Volkspartei“ und Bundeskanzler Sebastian Kurz zugeschnitten ist. Praprotnik spricht von einem „System der Inszenierung und Message Control“.



Katrin Praprotnik nennt Österreich ein „System der Inszenierung und Message Control“.

Folglich sind die Umfragewerte in Bezug auf die Regierungsarbeit sowie das repräsentative System stabil: Drei Viertel der Bevölkerung seien weitgehend zufrieden. Doch sie schränkt auch ein: „Die Missgunst – auch parteiintern – gegenüber der Liste Kurz wird aufkommen, sobald ihr Erfolg ausbleibt.“ Das Ver-

trauen in charismatische Persönlichkeiten sei grundsätzlich deutlich labiler als institutionelles Vertrauen. Bei Enttäuschung würden die Vertrauensverluste deutlich höher ausfallen.

Für Ulrich Glassmann (Europa-Universität Flensburg) ist Italien das Land mit den größten Unterschieden in der EU: ein ökonomisch starker Norden und ein Süden, der griechischen Verhältnissen nahe komme. Ähnlich gespalten sei auch das Vertrauen in die Politik.

Nord-Süd-Gefälle in Italien

Den Hauptgrund für die Unterschiede sieht Glassmann in den jeweils regional vorherrschenden Wirtschafts- und Wohlfahrtsmodellen, die er an Frauenerwerbstätigkeit, Schulabbrecherquote und Schattenwirtschaft festmachte: Im Süden überwiegt das familiäre Wohlfahrtsmodell: Frauen sind kaum erwerbstätig, viele Jugendliche brechen die Schule ab und entsprechend hoch falle auch der Anteil mithelfender Familienangehöriger in den Betrieben aus. Die starke Bindung an die Familie und schattenwirtschaftliche Modelle führen zu einer wenig effizienten Ökonomie und einer Vertrauenskonstellation, in der die familiären Netzwerke – nicht der Staat – der wichtigste Bezugspunkt sind. Darin lasse sich auch die dortige Attraktivität der Fünf-Sterne-Bewegung erklären, die mit dem Bürgereinkommen ein Instrument verspricht, das das „Selbsthilfesystem“ des Südens effektiv ersetzt.

Umgekehrt ist die Lage im Norden Italiens mit seinem familiären Unternehmensmodell: Die Frauenerwerbsquote sowie die erreichten Bildungsabschlüsse sind hier deutlich höher und ebenso auch die formalen Beschäftigungsverhältnisse. Entsprechend höher sind auch die Vertrauenswerte in „defamiliarisierte“ Strukturen einschließlich einer neoliberalen Wirtschaftsordnung. Hier verfängt wiederum besonders gut die Forderung der Lega Nord nach wirtschaftlicher Flexibilität.

Da die gegenwärtige populistische Allianz von Lega Nord und Movimento Cinque Stelle beide Wohlfahrtsmodelle in der Regierung vertrete, spricht Glassmann von einer „Koalition der territorialen Kohäsion“. Diese untergrabe aber auch weiterhin das Vertrauen in die etablierten Institutionen. Politik werde nach wie vor nicht aus dem Amt bestimmt, sondern werde klientel-orientiert von Personen wie Grillo, Salvini oder Berlusconi betrieben.

Erosion eines niedrigen Sockels

Vertrauenswerte in den Staaten Mitteleuropas fallen gegenüber ihren politischen Repräsentanten noch niedriger aus. Kai-Olaf Lang von der Stiftung Wissen-

schaft und Politik erklärt dies mit den schwierigen Startbedingungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Vor allem eine ausgeprägte ererbte Skepsis gegenüber dem Staat, Institutionen und den Eliten wirke bis heute fort. Hinzu kommen vier weitere Momente, die das Vertrauen der Bürger ausgehöhlt hätten:

1. unrealistische Erwartungshaltungen sowie gebrochene Versprechen im Hinblick auf die Wohlfahrtssteigerung infolge von Systemtransformation und Beitritt in die Europäische Union;
2. teils mangelnde Integrität und andauernde Korruption bei den Eliten;
3. wachsende Kluft zwischen liberaler und traditioneller Werteordnung;
4. ein von Technokratie geprägter Transformationsprozess.

Wandel durch Annäherung

Aufgrund des gesunkenen Vertrauens treten laut Lang nun verschiedene Effekte auf. Zum einen die „Exit-Variante“, die zu einer Entpolitisierung und sinkender Wahlbeteiligung führt, teils auch zur Emigration. Zum anderen finde eine Re-Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung statt: Parteien und Bewegungen mit stark ideologisch aufgeladenen Programmen und populistischer Rhetorik bewegen die Bürger zu mehr Engagement in der Politik. Alltagspolitik orientiert sich an kurzfristigen, vor allem materiell ausgerichteten Motiven, sie wird dadurch auch volatiler. Zugleich weichen jene liberalen Werte, die die Systemtrans-

formationen angetrieben haben, traditionell-nationalistischen Staatsvorstellungen. Dies schlägt sich in einer wachsenden Skepsis gegenüber der EU und ihren westlichen Gründerstaaten zugunsten einer neuen Art von Protektionismus nieder. Folge ist eine Verfestigung von Gegenmodellen, etwa einer „illiberalen Demokratie“ oder einer „christlichen Demokratie“. Sie spalten die Gesellschaften Mittelosteuropas: in proeuropäische Kosmopoliten einerseits und in die nationalistischen Kommunitaristen andererseits.

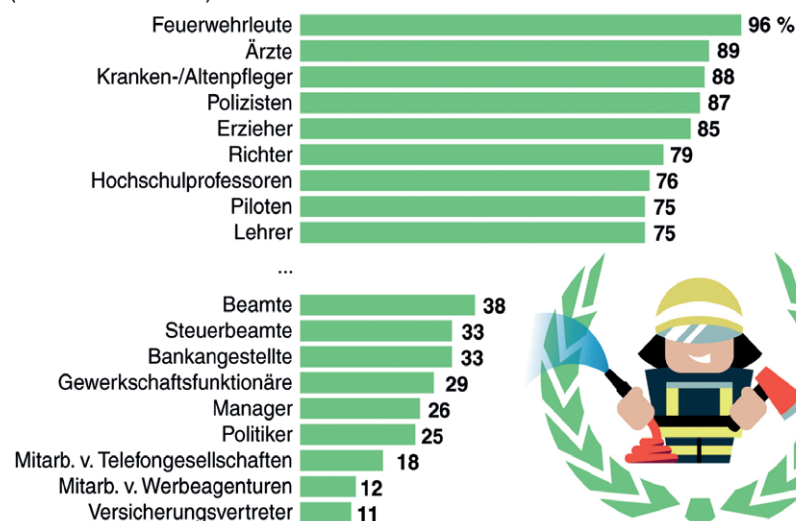
Nach Lang sollte man vonseiten der Union dieser Vertrauenskrise nicht durch eine Dämonisierung der Regierungen in Mittelosteuropa begegnen, sondern mit ihnen vielmehr einen realpolitischen Umgang pflegen. Denn auch hier gelte: „Wandel durch Annäherung“.

Kontrolle und Vertrauen

Alle sozialen Zusammenhänge und Konstellationen in demokratischen Ordnungen, sei es das politische, das wirtschaftliche, das mediale oder auch das Wissenschaftssystem, haben in ihrer Beziehung zum Bürger eines gemeinsam: das Vertrauen als ihre wichtigste Währung. Dieses ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss stets gepflegt und erneuert werden. Dabei lässt sich Vertrauen aber nicht alleine auf Vertrauenswürdigkeit reduzieren. Vielmehr müsse es stets auch hinsichtlich der Vertrauensbereitschaft und -kontexten reflektiert werden, so Guido Möllering, Direktor des Reinhard-Mohn-Instituts für Unternehmensführung in Witten/Herdecke.

Ansehen der Berufe

Diese Berufsgruppen genießen das höchste bzw. niedrigste Ansehen
(Antworten in Prozent)



repräsentative Befragung von 1001 Personen ab 14 Jahren im Juni und Juli 2017
Quelle: dbb Beamtenbund und Tarifunion (Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2017)

© Globus 12238



Es sollte vonseiten der Verantwortlichen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft nicht als strategische Ressource im sozialen Miteinander eingesetzt werden, um eigene Interessen durchzusetzen. Wenn das entlarvt wird, bleibt die Beziehung dauerhaft labil. Vertrauen sollte nicht präventiv entzogen werden, sondern vielmehr mit Kontrolle gepaart werden: Nur so könne anderen die Chance geboten werden, ihre Vertrauenswürdigkeit zu zeigen. Ein Kontrollreflex ohne Vertrauensvorschuss hingegen mache eine Krise erst zu einer Krise: „Es ist besser hin und wieder enttäuscht zu werden, als nicht zu vertrauen“, so Möllering.

Andreas Kalina

Der neue europäische Datenschutz und seine Folgen

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) errichtet ein einheitliches europäisches Datenschutzsystem – eine Zäsur für den Umgang mit Daten in der Europäischen Union. Doch was sind die Folgen für die Praxis?*

„DIE DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG ersetzt die europäische Datenschutzrichtlinie aus dem Jahr 1985. Sie ist jedoch kein Systemwechsel“, so Michael Will, der Leiter des Sachgebiets Datenschutz im bayerischen Innenministerium. Sie ermöglicht die verbindliche Harmonisierung des Datenschutzrechts in der EU und bedeutet einen Schritt in Richtung globale Durchsetzung von europäischen Datenschutzstandards, sagte Will. Denn durch das Marktortprinzip müssen auch die nichteuropäischen Internetgiganten Sanktionen und Gewinnabschöpfungen fürchten.

Zahlendreher und Namensverwechslungen

Der Bayerische Landesbeauftragte für Datenschutz Thomas Petri berichtete von typischen Datenschutzverstößen, über die seine Behörde nach Inkraftsetzung der DSGVO informiert wurde. Dazu gehören beispielsweise aufgrund von Zahlendrehern oder Namensverwechslungen falsch adressierte Personen, die auf diese Weise Informationen über Dritte erhalten. Auch eine in der U-Bahn vergessene Aktentasche mit sensiblen Daten gehörte zu Erfahrungen mit entsprechenden Verstößen. Sein Fazit bisher:

„Die größte wahrgenommene Schwachstelle bei der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten war der Mensch.“



Thomas Petri war Kooperationspartner der Tagung.



© TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM

Neben dem Landesbeauftragten für den Datenschutz gibt es in Bayern eine zweite Aufsichtsbehörde – das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht in Ansbach. Es ist zuständig für den „nicht-öffentlichen Bereich“. Landesamtspräsident Thomas Kranig sprach über seine Erfahrungen mit dem neuen Recht.

Informationspflichten und Cybersicherheit

Die Beratungen für Vereine und Unternehmen seien im Jahr 2018 im Vergleich mit 2017 um mehr als 4 000 Fälle gestiegen. Mit 24 Planstellen ist die Behörde für circa 700 000 Unternehmen und etwa 91 000 Vereine zuständig, erläuterte Kranig und berichtete über die Maßnahmen, die das Landesamt vor diesem Hintergrund aufgenommen hat: von der Prüfung von Rechenschaftspflichten von Großunternehmen über die Informationspflichten bei Bewerbungsverfahren bis zur Cybersicherheit bei internationalen Sub-Dienstleistern.



Thomas Kranig: „Der Beratungsbedarf ist gestiegen.“

Rebekka Weiß ist Leiterin des Bereichs Datenschutzrecht und Verbraucherrecht bei bitkom, dem Branchenverband der deutschen Informations- und Telekommu-

* In Kooperation mit dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz Thomas Petri



Rebekka Weiß: „Unternehmen wünschen sich praxisnähere Gestaltung.“

© Haas (APB)

nikationsbranche. „Acht von zehn Unternehmen haben durch die DSGVO deutlich mehr Arbeit“, sagte sie. Insbesondere die Dokumentationspflichten verändern den laufenden Betrieb, so Weiß. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen wünschen sich Erleichterungen, zum Beispiel eine praxisnähere Gestaltung der Informationspflichten.

„Nervige“ Cookie-Anfragen

Der Mühldorfer Rechtsanwalt und Verbraucherrechtsexperte Markus Saller erzählte von typischen Sorgen von Mandanten, etwa von Handwerksbetrieben, die zum Beispiel von den womöglich exorbitanten Bußgeldandrohungen irritiert seien. Auch als Privatperson sieht er einige Folgen der DSGVO mit Verwunderung, zum Beispiel die „nervigen“ Anfragen für die Verwendung von Cookies beim Aufruf von Internetseiten.

Über die Umsetzungsmaßnahmen der DSGVO bei der Landeshauptstadt München berichtete Brigitte Frey, die ständige Vertreterin des städtischen Da-

tenschutzbeauftragten. Dazu gehörte etwa die Entwicklung von einfacheren Darstellungen der komplizierten Gesetzestexte für die Bürger mit Blick auf deren Betroffenenrechte. Hinzu komme die Entwicklung eines Mustervertrags und einer Checkliste für die Auftragsverarbeitung. Das Meldesystem sei bewusst niedrigschwellig ausgestaltet – auch anonyme Meldungen von vermeintlichen Datenschutzverstößen sind möglich, so Frey.

Brigitte Frey: „Betroffenenrechte verständlich darstellen.“

Gero Kellermann



© PEXELS/CCO

Auf dem rechten Auge blind?

Wie ist derzeit das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus in Deutschland zu zeichnen? Und wie geht die Polizei mit dem Thema Rechtsextremismus um – bei Demonstrationen, im Fußballstadion und auch in den eigenen Reihen?

DEN AKTUELLEN Erscheinungsformen des Rechtsextremismus widmete sich Wolfgang Meyer, der stellvertretende Leiter der Bayerischen Informati-

onsstelle gegen Extremismus (BIGE). Dazu gehören rechtsextremistische Parteien (zum Beispiel NPD und „Der III. Weg“) mit in Bayern insgesamt etwa 760 Mitgliedern. Hinzu kommen etwa 580 Rechtsextremisten, die in parteiungebundenen Strukturen agieren.

Neue Entwicklungen

Es würden sich – zum Beispiel wegen der Asylpolitik – immer wieder neue Entwicklungen ergeben, wie man an der „Identitären Bewegung“ und den sog. Reichsbürgern sehen könne. Zur rechtsextremistischen Szene gehören ebenso unstrukturierte Personen, wie Internetaktivisten, Autoren und Skinheads (etwa 1 060 Personen).

* In Kooperation mit dem bayerischen Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft

Andreas Beelmann ist Direktor des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Universität Jena. Er zeigte, dass Radikalisierung vielfältigen Faktoren, Prozessen und Wechselwirkungen unterliegt. Ein allgemeiner Risikofaktor seien zum Beispiel mangelnde oder negative soziale Lernerfahrungen beim Umgang mit sozialen Fremdgruppen.

Dominanzorientierung und Autoritarismus

Bei Kontakten zu sozial abweichenden oder extremistischen Gruppen – ob real oder digital – erhöhe sich das Risiko der Radikalisierung. Auch könne man zeigen, dass Persönlichkeitsmerkmale wie soziale Dominanzorientierung und Autoritarismus mit extremistischen Einstellungen in Zusammenhang stehen.

Der Leitende Polizeidirektor Markus Trebes, Leiter des Fachbereichs Einsatz der Bayerischen Polizei, erläuterte besondere Probleme bei rechtsextremistischen Demonstrationen. Dies könnten Versammlungen an provokanten Orten sein. Oder sie liegen im Verhalten von Gegendemonstranten und in der Kritik am Vorgehen der Polizei, das als vermeintliche Unterstützung von Rechtsextremen bei Versammlungen bezeichnet wird. Trebes erläuterte die laufenden Optimierungsinitiativen wie Fortbildungen, Taktikabstimmungen und Einsatznachbereitung.

„Kommunikative Differenzen“

Der Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz, Martin Becher, betonte, dass Polizei und Zivilgesellschaft beim Umgang mit rechtsextremistischen Demonstrationen unterschiedliche Aufgaben hätten: die Polizei, Recht und Ordnung herzustellen und Schutz zu gewährleisten; und die Zivilgesellschaft, Möglichkeiten für die Beteiligung von Bürgern herzustellen, Werte zu schaffen und Transparenz zu fördern. Becher plädierte dafür, „kommunikative Differenzen“ zwischen Polizei und Zivilgesellschaft abzubauen.

„Ist die Polizei auf dem rechten Auge blind?“, fragte der Berliner Extremismusforscher Hans-Gerd Jaschke. Der Forschungsstand über rechtsextreme Vorfälle und Einstellungen in der Polizei sei „desolat“, entsprechende Studien stammten aus den 1990er-Jahren. Jaschke regte an, das Thema

Rechtsextremismus in der Polizeiausbildung zu stärken und Ansprechpartner wie Ombudsmänner oder Beschwerdestellen zu schaffen.

Sport und Rechtsextremismus

Alexander Jarling vom Sozialwissenschaftlichen Dienst der Zentralen Polizeidirektion Hannover wandte sich gegen „die Mär vom unpolitischen Sport“ und beleuchtete die Aktivitäten der Rechtsextremisten in Fußballstadien. Er zeigte Fälle, in denen sich Rechtsextremisten mit Bannern und Schlachtgesängen präsentierten, einzelne Spieler rassistisch mit Worten angingen und andere Fangruppen gewalttätig angriffen.

Der Hohenheimer Medienwissenschaftler Wolfgang Schweiger widmete sich dem Thema „Fake News“ und Verschwörungstheorien. Online würden wir auf einen „riesigen, heterogenen Informationskosmos“ stoßen. Durch die zunehmende Nutzung von algorithmisch-personalisierten Kanälen und alternativen Medien käme es zu häufigem Kontakt mit Fake News. Dies führe zu einem Verlust eines breiten und ausgewogenen Nachrichtenüberblicks. Um die Wirkungen von Fake News und Verschwörungstheorien aufzuhalten, sieht Schweiger staatliche Regulierungen, Formen der Selbstkontrolle und die Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit als Möglichkeit.

Gero Kellermann

Linktipps

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus: <https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/ueber-die-bayerische-informationsstelle-gegen-extremismus-bige>

Bayerisches Bündnis für Toleranz: <http://www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de/>

Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration an der Universität Jena: <https://www.komrex.uni-jena.de/Das%20KomRex.html>



© TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM

Die Digitalisierung und der Mensch – das Beispiel Pflege

Wie sich die Digitalisierung auf das tägliche Miteinander auswirkt, wird in kaum einem Bereich so deutlich wie bei der Pflege. Sie schafft neue Möglichkeiten, Arbeitsprozesse in der Alten- und Krankenpflege anders zu gestalten. Doch entsprechen diese unserem Verständnis von Zuwendung?

AM INSTITUT für Robotik und Mechatronik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist Annette Hagengruber an der Entwicklung von Pflegerobotern beteiligt. Im Projekt SMiLE geht es darum, „Menschen mit Bewegungseinschränkungen zu einem erfüllteren, selbständigeren Leben zu verhelfen.“ So kann ein einarmiger Roboter am Rollstuhl jetzt schon gelähmten Personen helfen, indem er über Sensoren verbliebene Muskelsignale abgreift und sich so steuern lässt. Künstliche Intelligenz erkennt zum Beispiel, dass Wasser aus einer Flasche in ein Glas gefüllt werden soll, und erledigt dies allein ohne menschliches Zutun.

Perspektive der Nutzer

Auf die Fragen der Anwendung, die sich aus solchen technischen Entwicklungen ergeben, ging Michael Pflügner, Geschäftsführer des NürnbergStifts,

ein. Wenn etwa die Matratze Patientinnen und Patienten selbständig wendet, wo bleibt dann der soziale Kontakt? Darf man Demenzkranken mit Virtual-Reality-Anwendungen eine andere Realität vorspielen? Und wer soll das alles bezahlen? Pflügner plädierte dafür, frühzeitig eine Haltung zu den Innovationen zu entwickeln: Wir brauchen ein funktionierendes Management von Versorgungsketten. Pflegeberufe müssen für den Nachwuchs attraktiv sein.“


Bei vielen vermeintlichen Verbesserungen fehle die Perspektive der Nutzer, sagte Edith Dürr, die Vorsitzende des Bayerischen Landespflegerats. Pflegekräfte müssten von Anfang an in die Entwicklung neuer Prozesse, Angebote und Technik einbezogen werden. Es sei nicht überraschend, dass Pflegekräfte noch eher skeptisch gegenüber den Digitalisierungsplänen seien. Sie würden sich um das Akute sorgen: die Zukunftsfähigkeit der Tätigkeit, die eigene Gesundheit und Sicherheit und die der Patientinnen und Patienten.

Campus für digitale Medizin

Bernd Griewing ist Vorstandsmitglied der Rhön-Klinikum AG, die im Dezember 2018 in Bad Neustadt einen Gesundheits-Campus eröffnet hat. Zum Konzept gehört auch eine IT-Offensive mit den Schwerpunkten elektronische Dokumentation, Robotik, technische Assistenz und Telemedizin. Die aktuelle politische Diskussion, die sich auf die schwierige Ausgangslage für die Pflege fokussiert, hält Griewing für verfehlt, denn „sie hält junge Menschen mehr denn je davon ab, Pflegeberufe zu ergreifen.“ Auch müssten in der

Ausbildung die neuen Digitalkompetenzen berücksichtigt werden, wie Dokumentation und Datenschutz, Qualitäts-, Prozess- und Projektmanagement, Kommunikationstraining und Wissensmanagement.

Ethik für digitale Pflege

Der Medizinethiker Arne Manzeschke von der Evangelischen Hochschule Nürnberg verdichtete die Problematik auf verschiedene Fragen, die sich im Zusammenhang der Mensch-Technik-Interaktion stellen. Insbesondere stelle sich das Problem, wie Technik konzipiert und eingesetzt werden kann, so dass sie der Leiblichkeit und Hilfebedürftigkeit des Menschen entspricht – und ihn nicht davon entfernt. 

Sebastian Haas



© TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM

* Tagung in Schweinfurt in Zusammenarbeit mit der dortigen Agentur für Arbeit

Die offene Gesellschaft und ihre Gegner

Vom Verfall der öffentlichen Diskussionskultur

Die Digitalisierung der politischen und privaten Kommunikation ist eine Herausforderung für unsere Demokratie. Sie hat zu einer revolutionären Veränderung unserer Medienlandschaft und der politischen Kultur und Kommunikation geführt. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem überall aufkeimenden Populismus und diesem radikalen Strukturwandel der Öffentlichkeit.

DER MEDIENWISSENSCHAFTLER Stephan Russ-Mohl – bis zum Sommer 2018 an der Universität Lugano tätig – vertritt die These, dass sich unsere Medienwelt von der Aufmerksamkeitsökonomie zur Desinformationsökonomie gewandelt hat: „Die



Stephan Russ-Mohl: „Journalismus gerät immer mehr in die Abhängigkeit von PR.“

Pest der digitalisierten Gesellschaft besteht darin, dass Vorurteile, Glaubensbekenntnisse, Gefühle und Verschwörungstheorien ‚gesichertes‘ Wissen verdrängen.“ Journalisten hätten ihr früheres Oligopol als „Schleusenwärter im Nachrichtenstrom“ verloren. Ferner sei bereits seit den 1970er-Jahren ein kontinuierlicher Vertrauensverlust in Massen-

medien feststellbar. Dazu komme eine permanente personelle und professionelle Aufrüstung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit: „Public Relations wird vom Journalismus unabhängiger, während der Journalismus immer mehr in die Abhängigkeit von der PR gerät“, sagte Russ-Mohl.

Der Journalismus drohe im Bermuda-Dreieck von Werbung, PR und Publikum zu verschwinden: Werbung wandert ab ins Internet, Suchmaschinen und soziale Netzwerke seien die Gewinner. PR nutze die geöffneten Schleusen in personell ausgedünnten Redaktionen und die Zahlungsbereitschaft des Pub-

likums gehe gegen Null („alles gratis im Netz“). Eine Möglichkeit der Gegenwehr sieht Russ-Mohl in einer „Allianz für die Aufklärung“ von Journalismus und Wissenschaft.

Schattenseite der Digitalisierung

Widerspruch kam von Tanit Koch, bis zum Februar 2018 Chefredakteurin der BILD. Sie sieht zwei Seiten von Medienfreiheit: einerseits die Freiheit der Journalisten, andererseits die Freiheit des Publikums, mehr oder weniger Medien zu nutzen. Die Digitalisierung habe beide Aspekte radikal verändert. Das journalistische Angebot sei reichhaltiger geworden, auch weil die technischen Voraussetzungen nie besser waren. Der Segen der Digitalisierung liegt nach Kochs Meinung darin, dass der online-Vertriebsweg günstiger ist, da er ohne LKWs und Zusteller auskommt. Die Schattenseite der Digitalisierung seien neue Abhängigkeiten: von Google, Facebook und Apple: „Wer nicht bei Google ist, existiert nicht“, sagte Koch.

Journalistischer Erfolg hänge von der Sichtbarkeit auf digitalen Kanälen ab – auf diese Sichtbarkeit hätten Redaktionen und Verlage allerdings nur begrenzten Einfluss: „Denn die Algorithmen werden nicht von uns gesteuert.“ Umgekehrt heiße das: Wer bei Google oder Youtube als erstes auftaucht, ist im Vorteil. Die finanzielle Unabhängigkeit des digitalen Journalismus sei noch nicht überall gesichert: „Wir arbeiten noch am Geschäftsmodell.“



Ex-BILD-Chefin Tanit Koch (links) und die Ko-Leiterin der Tagung: Dagmar Reim, ehemalige Intendantin des rbb

© Haas (APB)

Social Media-Nutzer würden mehr Nachrichtenquellen konsumieren als die Menschen, die sich nur außerhalb des Social Web informieren. Das Problem sei nur, dass sie sich meist leider nicht die Primärquelle merken würden.

Wenn Menschen das Vertrauen in unabhängige Medien verlieren und sich von ihnen abwenden, dann habe das nicht nur was mit Digitalisierung zu tun. Sondern mit den Journalisten, die sich zu lange zu viel mit sich selbst und nicht genug mit der Lebenswirklichkeit der Menschen beschäftigt hätten. Das Regierungsviertel in Berlin-Mitte sei auch eine Filterblase – weit entfernt von den Problemen der meisten Menschen. Journalismus müsse sich der Themen annehmen, über die die Menschen sprechen. Er müsse ihre Sorgen aufnehmen – selbst die unbegründeten: „Es geht darum, die Dinge anzusprechen, über die die Menschen zu Hause sprechen.“ Ein Merkmal von gezielter Desinformation sei, dass sie Menschen emotional abhole, dass sie ihren Sorgen eine Heimat gebe: „Emotionen sind effektiver als Fakten. Und deshalb sollten bei unabhängigen Medien nicht nur die Fakten stimmen, sondern man muss die Menschen auch bei ihrem Gefühl packen.“

Haltung ohne Arroganz

Über die Abhängigkeit von den Internet-Giganten wie Google und Facebook ist auch Anja Reschke nicht froh: „Ich bin mit meinen Sendungen ungern auf Youtube. Aber was ist die Alternative? Da sind die Leute – also müssen wir da auch sein.“ Reschke ist Leiterin der Innenpolitik beim Norddeutschen Rundfunk (NDR) und Moderatorin der Magazine „Panorama“ und „Zapp“. Im November 2018 wurde sie mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus ausgezeichnet. In der Begründung der Jury heißt es, sie „zeige Haltung ohne Arroganz, Toleranz ohne Beliebigkeit und Stehvermögen ohne Sturheit“. Was Hate Speech bedeutet, hat sie nach einem Kommentar in den „Tagesthemen“ zur Flüchtlingssituation im Herbst 2015 erfahren müssen. Wie schwer solche Beleidigungen und Bedrohungen gerade auch von jungen Kolleginnen und Kollegen auszuhalten sind, beschrieb sie im Gespräch mit der Fachjournalistin Diemut Roether, verantwortliche Redakteurin bei epd Medien.



Anja Reschke: „Die Leute haben das Gefühl, die Politik kümmert sich nicht um sie.“

„Besteller-Mentalität“ beim Publikum

Für sie sind die Antworten der Politik auf die drängenden Fragen der Gegenwart nicht ausreichend. Sie beobachtet eine zunehmende Entfremdung des Publikums von der Demokratie: „Die Leute haben das

Gefühl, die Politik kümmert sich nicht um sie.“ Daran seien auch die Medien ein Stück weit mit Schuld. Immer mehr verbreite sich die Vorstellung, dass Bürger Kunden seien und die Politik ein Dienstleister: „Beim Publikum hat sich eine ‚Besteller-Mentalität‘ entwickelt. Wenn die Politik nicht liefert, wende ich mich ab und anderen Lieferanten zu. Aber so kann es nicht funktionieren“, sagte die Journalistin. Über Jahrzehnte hinweg habe sich ein „stiller Schulterschluss“ in der Gesellschaft ergeben, dass die „Säulen des Systems, die alten Eliten wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Medien“ nicht mehr richtig funktionierten. Und der öffentlich-rechtliche Rundfunk werde dann schnell als „Staatsfunk“ diffamiert.

Qualität im Lokalen

Über Strategien, Qualitätsjournalismus auch in der Region zu bewahren, sprach Joachim Braun, Chefredakteur der Zeitungsgruppe Ostfriesland in Leer. Der wissenschaftliche Befund sei klar: „Der Lokalteil ist zu stark ereignisbezogen und zu wenig kontinuierlich (Terminjournalismus), beinhaltet zu wenig Hintergrundinformationen, zu wenig Politisches, er ist zu wenig reflektierend (Verlautbarungsjournalismus), die lokale Elite ist überrepräsentiert und insbesondere gegenüber dieser wird zu wenig Kritik geübt (Hofberichterstattung).“ So die Medienforscherin Wiebke Möhring. Aber gegen diese Kritik am oft vorherrschenden Lokaljournalismus stünden die Bedürfnisse des Publikums: Es ist überaltert und will, dass in der Zeitung alles so bleibt, wie es ist. Leser seien Gewohnheitstiere, die Zeitung ritualisiert lesen, sagte Braun: „Sie finden sich nicht mehr zurecht, wenn wir an ihrer Zeitung etwas ändern.“ Sie vermuten, dass „ihre“ Zeitung ihnen Übles will: Die Preise würden erhöht, aber das Produkt werde immer schlechter.



Joachim Braun: „Leser sind Gewohnheitstiere.“

Neue Stellenprofile

Mit der gedruckten Zeitung an sechs Tagen in der Woche sei es nicht mehr getan, sagte Braun: „Dazu kommen soziale Plattformen, Apps, mobile Versionen, E-Paper.“ Es gehe aber nicht nur um technische Veränderungen, sondern auch um inhaltliche: „Qualitätsjournalismus im Lokalen ist: Themen statt Termine, Nutzwert, Überraschung, Vielfalt, Relevanz und Planung“, sagte der Chefredakteur der Ostfriesenzeitung. Diese Veränderungen bräuchten aller-

dings auch ganz neue Stellenprofile und Berufsbilder in den Redaktionen: Mit Chefredakteur, Ressortleiter, Redakteur, Reporter und Sekretärin sei es nicht mehr getan. Hinzu kommen jetzt Video- und Datenjournalisten, Social-Media-Manager, Portal- und Audience-Engagement-Manager. Denn jetzt gehe es darum, die Inhalte an die zunehmend mobile Nutzung anzupassen.

Filterblasen und Echokammern

Für den Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Schweiger (Universität Hohenheim) sind die durch Algorithmen personalisierten Nachrichten eines der Hauptprobleme der digitalen Informationswelten. Das System erfasse Nutzerverhalten und „optimiere“ die Nachrichtenauswahl. Die Folge sei ein durch intransparente und sich ständig ändernde Algorithmen personalisiertes Nachrichtenangebot. So entstünden Filterblasen und Echokammern, in denen die Nutzer meist Inhalte sehen, die ihren Vorlieben entsprechen. Die Folge sei der Verlust eines breiten und ausgewogenen Nachrichtenüberblicks. Trotzdem gebe es subjektiv ein Gefühl der Informiertheit und daraus folgend ein gestiegenes politisches Selbstbewusstsein. Die „Bewohner“ solcher Filterblasen schaukeln sich gegenseitig auf, die Meinungen werden extremer und polarisieren stärker.

Flüchtlinge und Russland

Diese Polarisierung spürt auch Gökalp Babayigit. Als Geschäftsführender Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung ist er das Bindeglied zwischen der Print- und der Onlineausgabe und verantwortlich für die Koordi-

nation des gemeinsamen Nachrichtenbetriebs. „Bei den Fake-News-Vorwürfen gibt es eine Konzentration auf die Themen Flüchtlinge, Russland und wieder Flüchtlinge, Flüchtlinge, Flüchtlinge.“, sagte er. Dagegen helfe nur Transparenz der eigenen Arbeit: „Still und heimlich geht im Journalismus nicht mehr.“

Zehn Prozent werden gelöscht

Für ihn ist klar: „Hate Speech wird bei uns nicht toleriert.“ Drei bis fünf Themen pro Tag würde die Redaktion moderieren und wer sich nicht an die Regeln hält, fliegt raus: „Journalisten werden zu Polizisten, die Platzverweise erteilen.“ Etwa zehn Prozent der Beiträge würden gelöscht. Es gebe relativ wenig Justiziables in diesen Foren. Schwieriger werde es, wenn Redakteure persönlich beleidigt oder gar bedroht werden.



Gökalp Babayigit: „Hate Speech wird bei der SZ nicht toleriert.“

Für Shit Storms gebe es klare Regeln, wie zu reagieren sei: Um was geht es? Was ist der Kern der Kritik? Von wem kommt das? Die Redaktion diskutiere, wie zu reagieren sei. Bei berechtigter Kritik sei eine Korrektur selbstverständlich: „Wir brauchen eine Entschuldigungs-Kultur und den Dialog zwischen Redaktion und Publikum“, sagte Babayigit.

Michael Schröder



© MESTER

Technik und Medieninnovationen – kein Nischenthema

Dass eine Ringvorlesung* an einer Hochschule die breite Öffentlichkeit anziehen kann, haben wir mit unserer Veranstaltungsreihe bewiesen: Im Schnitt kamen mehr als 100 Interessierte zu vier Terminen an der Technischen Hochschule Nürnberg, um sich beispielsweise über Social Robotics, Künstliche Intelligenz und die Blockchain-Technologie zu informieren.

DIE VERANSTALTER diskutierten darüber, was die neuen technischen Möglichkeiten dem Journalismus bieten können. „Journalisten der Zukunft haben so viele Möglichkeiten, Geschichten zu erzählen, wie noch nie zuvor“, meinte Markus Kaiser, der an der Technischen Hochschule Nürnberg vor allem digitale Themen lehrt. „Virtual Reality, Chatbots, Multimedia-Storys und Newsgames sind nur ein paar Beispiele dafür, wohin sich der Journalismus und die Unternehmenskommunikation immer stärker entwickeln.“ Michael Husarek, Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten, weiß, dass sich auch ein Zeitungshaus der Digitalisierung stellen muss: „Wir sind dabei, uns zu wandeln, und müssen das konsequent tun. Sonst werden wir von den Entwicklungen überrollt.“ Akademie-Pressesprecher Sebastian Haas mahnte, bei all den innovativen Konzepten die Nutzer nicht zu vergessen. Wenn immer nur ein Teil der Bevölkerung an technischen Innovationen teilnehme, drohe die gesellschaftliche Spaltung – die digital divide.

Diana Hauser von NTT Data Deutschland sprach über Social Robotics. Das sind Anwendungen, die mit Menschen interagieren und physisch verkörpert werden können – sei es durch einen Lautsprecher im Wohnzimmer wie Amazons Alexa & Co., Pflegeroboter oder Anki Cozmo. „Der ist ein sehr teures Tamagotchi, möchte gefüttert werden und will, dass man mit ihm spielt“, so beschrieb Hauser ihren kleinen Roboter. Das Tolle für Bastler gegenüber dem Tamagotchi der 1990er-Jahre: „Es gibt ein Software-Development-Kit und eine Programmierschnittstelle. Damit



Britta Daffner bei ihrem Vortrag im Hörsaal der TH Nürnberg
© Kaiser (TH Nürnberg)

kann man völlig frei programmieren“, erklärte Hauser. Sie zeigte, wie Anki Cozmo auf Befehl via Alexa-Schnittstelle auf einem Blatt Papier eine Runde fuhr. Die Interaktion zwischen Mensch und Roboter funktioniert schon heute.

KI in der Medizin

Britta Daffner von IBM erläuterte, wie Künstliche Intelligenz Unternehmen und die Gesellschaft verändern kann. Schon jetzt bietet die sogenannte KI deutlich mehr als nur Spielerei, mit der zum Beispiel ein Schachcomputer Menschen besiegen kann. „Die Anwendungsfelder sind vielfältig“, erklärte Daffner und erläuterte, dass durch das richtige Nutzen und Vernetzen von Datenbanken in der Medizintechnik schon genauere Befunde möglich sind als durch menschliche Ärzte.

„Ich bin kein großer Fan der Kryptowährungen. Aber sie sind ein eingängiges Beispiel für Blockchain“. So leitete Gilbert Fridgen (Universität Bayreuth) seinen Vortrag über die Technologie ein, deren Funktionsweise er mit der eines Notizbuchs verglich, das sich in den Hosentaschen aller Nutzer mit denselben Inhalten füllt. Ausführlich stellte der Wissenschaftler vor, was durch Blockchain noch ermöglicht wird: Dezentrale Plattformen zu schaffen, zum Beispiel für den weltweiten Handel von Waren oder für Versicherungen. „Aus meiner Sicht ist die Blockchain eine Infrastruktur“, sagte Fridgen. „Ein Ministerium für Infrastruktur sollte sich nicht nur mit Breitband oder 5G beschäftigen, sondern auch mit der Blockchain.“

Markus Kaiser
Sebastian Haas

Linktipp

Drei der vier Vorlesungen sind auf YouTube abrufbar: <https://www.youtube.com/channel/UC1x2KI48gNG3JXFu38KP6pw>



* Die Ringvorlesung des Bachelorstudiengangs Technikjournalismus/Technik-PR der Technischen Hochschule Nürnberg ist eine Kooperation mit den Nürnberger Nachrichten, dem Nürnberg Digital Festival und der Akademie für Politische Bildung. Sie wird im Sommersemester 2019 zum Thema „Medien und Marken“ fortgesetzt.

Verflixte acht Jahre

Chancen für Demokratie nach dem „Arabischen Frühling“?

Tausende Menschen protestierten 2011 in der arabischen Welt gegen die herrschenden autoritären Regime. Ziel war die Veränderung der politischen und sozialen Strukturen, die Teilhabe der jungen Generation und eine Verbesserung der Menschenrechte. Acht Jahre danach werfen die Entwicklungen in der Region alte und neue Fragen auf.

AUF DEN GEWALTIGEN Umbruch in der arabischen Welt verwies Edmund Ratka (Konrad-Adenauer-Stiftung). Der zeige sich in einem doppelten Verfall der Ordnung: dem des Gesellschaftsvertrags im Inneren und dem einer regionalen Ordnung im Äußeren. Auf die Frage, wie dieser aufzuhalten sei und wie die neuen Strukturen der arabischen Welt künftig aussehen sollten, gäbe es bislang nur schwer eine Antwort. Das verwundert nicht. Denn mit ihr sind wichtige Themen verbunden: René Rieger (MEIA Research, München) stellte die Frage, ob die arabischen Länder eine westliche Demokratie überhaupt etablieren wollten. Aus europäischer Sicht stelle sich auch die Frage nach der Stabilität: Welche Wechselwirkungen entfaltet ein sicherheitspolitisch instabiles Umfeld, in dem Demokratisierung so schwierig ist, zur europäischen Stabilität?

Stabilisierung oder Eskalation?

Diesen Themen widmete sich das erste Panel und nahm ausgewählte Länderbeispiele in den Blick. Sehen wir im Nahen und Mittleren Osten eine Phase der Stabilisierung oder erneuter Eskalationen? In Ägypten jedenfalls, so Ilyas Saliba (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), habe sich eine Militärdiktatur etabliert, die keine nachhaltige Stabilisierung des Landes bedeute. Die Korruption steige an und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes verzeichne einen massiven Abwärtstrend.

In Marokko dagegen müsse man von einer Art „Friedhofsruhe nach der Verfassungsänderung“ sprechen. Auch hier gibt es keine echte Stabilisie-



Klassisches tunesisches Transportunternehmen: Straßenszene in Tunis

rung, vielmehr eine zunehmende Autokratisierung des Landes mit entsprechenden Folgen. Die Proteste nehmen regional wieder zu.

Für den Libanon sind die Bedingungen für Stabilisierung etwas differenzierter zu sehen. Er zeichne sich seit 2005 durch eine Art „Konsensdemokratie“ aus, die, so Lena Marie Al-Odeh (Auswärtiges Amt), die fatalen Folgen des „Arabischen Frühlings“ abzuwenden vermochte. Die Stabilität des Landes sei auch hier vorerst nur eine scheinbare; die Konsensfindungsmuster würden echte wirtschaftliche Entwicklung verhindern. Zudem setzten die Fluchtbewegungen aus Syrien und Palästina das Land zunehmend unter wirtschaftlichen Druck. Eine Besonderheit des Libanon sei es aber, dass die Verfassung die Entwicklung des Landes mit Blick auf die Religionszusammensetzung im politischen System vorgebe und genau aus diesem Grund habe der Libanon gelernt, unterschiedliche religiöse Interessen und das fragile Gleichgewicht der Konsensdemokratie so auszubalancieren, dass ein Staatszerfall nicht zu befürchten sei.

Das könne man für Syrien nicht sagen, so Christine Straßmaier (MEIA Research, München). Zwar scheint es, dass sich die internationalen Akteure mit Russland und der Türkei auf eine Situation zubewegten, in der zumindest auf dem Papier eine Beilegung der Eskalation erreicht werden könne. Dennoch bleibe im Ergebnis die Forderung nach einem Zusammenschluss regionaler Kräfte mit dem gemeinsamen Ziel der Befriedung des Landes bestehen.

Anders die Situation im Jemen: Eine Beendigung des Konflikts zeichne sich hier nicht ab; vielmehr sei eine weitere Eskalation zu befürchten, da sich der Krieg internationalisiert habe: Interessen würden überregional ausgetragen.

Die Geopolitik internationaler und regionaler Akteure nimmt im Nahen und Mittleren Osten für die gesamte Entwicklung der Region einen großen Stellen-

wert ein. Damit beschäftigte sich das zweite große Panel der Tagung. Welche Rolle spielt der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran? Saudi-Arabien sei durch den „Arabischen Frühling“ quasi über Nacht zu einem prominenten regionalen Akteur aufgestiegen, meinte Sebastian Sons (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik). Diese Rolle sei für das Land ungewohnt. Die Auseinandersetzung mit Iran sei kein religiöser Konflikt; vielmehr gehe es um politische Interessen und die Vormachtstellung in der Region. Für Iran hingegen sei Saudi-Arabien nicht die Bedrohung wie umgekehrt. Genau das kränke die Saudis in ihrer Ehre.

Auch der Konflikt Israel-Palästina müsste in den regionalen Kontext eingebettet werden, sagte Jan Busse (Universität der Bundeswehr München). Er sei zwar nicht mehr der Schlüsselkonflikt für die Region, aber sein Verlauf führe ständig zu Wechselwirkungen mit anderen Konstellationen. Man müsse sich auch von der Annahme verabschieden, dass es derzeit für Israel und Palästina so etwas wie einen Friedensprozess gebe.



Auf dem Markt in Tunis

© Maget

Befeuert wird diese Annahme auch von der ambivalenten Außenpolitik der USA in der Region. Diese sei pragmatisch, interessengeleitet und eher bilateraler Prägung, führte Andrea Rotter (Hanns-Seidel-Stiftung) aus. Die Trump-Administration habe eine neue Dynamik in die Nahostpolitik gebracht: Trotz oder gerade wegen des Ausstiegs der USA aus dem Iran-Deal, einer Positionierung in Richtung Israel im Konflikt mit Palästina und einer Hinwendung zu Saudi-Arabien sei der Einfluss der USA im Nahen und Mittleren Osten rückläufig und ohne echte Steuerungskompetenz. Die USA seien von ihrer Mittlerrolle definitiv zurückgetreten.

Ob dieser Rückzug zu einer neuen Rolle für die Türkei im arabischen Raum führt? Auch das ist eine derzeit offene Frage. Eine Konstante sei hier aber auszumachen, fasste Magdalena Kirchner (CONIAS Risk Intelligence, Mannheim) zusammen: Es sei noch immer das erklärte Ziel der Türkei, Mitglied der EU zu werden, wenngleich die NATO weiterhin als Sicherheitsreferenzobjekt gelte.

Legitimation und Identifikation

Insgesamt kreisen die Entwicklungen nach dem „Arabischen Frühling“ auch um die Frage der Legitimität politischer Systeme. Kann eine Autokratie ihre Repressionsmechanismen gegen die eigene Bevölkerung noch einsetzen, wenn ihre Nachbarländer demokratischer werden? Zugleich geht die Frage nach der Legitimität immer auch mit der Gesellschafts- und Identifikationsfrage einher. Ist etwa der politische Islam demokratiefähig? Diese Frage griff Sonja Zekri, Redakteurin der Süddeutschen Zeitung, in ihrem Vortrag auf und beantwortete sie mit einem „sehr unterschiedlich“. Nach ihrer Einschätzung hat der politische Islam dann eine Chance, als politische Kraft eingebunden zu werden, wenn es sich um ein demokratisch verfasstes System mit checks und balances handle. Ein dekulturnisierter Islam sei nicht innerhalb einer Gesellschaft verwurzelt und ließe sich dadurch sehr viel leichter exportieren.

Versuchslabor Tunesien

Hat die Demokratie im arabischen Raum eine Chance? Ja – wie Tunesien, das Ursprungsland des „Arabischen Frühlings“, zeigt. Franz Maget, ehemals SPD-Oppositionsführer im Bayerischen Landtag und Co-Leiter unserer Tagung, berichtete aus seinem Erfahrungsschatz als Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Tunis. Tunesien sei heute ein anderes Land, berichtete er: ein demokratisch regiertes und verfasstes Land, ein Nationalstaat mit Selbstbewusstsein. Magets Einschätzung nach konnte sich Tunesien leichter in Richtung Demokratie entwickeln, da es ein vergleichsweise kleines Land sei, das nicht im Fokus gewichtiger Akteure der Region – Saudi-Arabien oder Iran – stünde. Die Zivilgesellschaft identifiziere sich mit dem eigenen Land, Nationalstolz sei in Tunesien eben gerade nicht mit Nationalismus gleichzusetzen. Auch die Rolle der Frau sei wichtig: Im Parlament sitzen heute 40 Prozent Frauen. In Tunis wurde im Juli 2018 zum ersten Mal eine Frau zur Bürgermeisterin einer arabischen Hauptstadt gewählt. Dennoch stünde auch Tunesien vor verschiedenen Herausforderungen, die die positive Entwicklung behindern. Es herrsche heute noch großer Frust über die politische Klasse, die als selbstbezogen und egoistisch wahrgenommen würde. Die

wirtschaftliche Entwicklung stagniere, Armut und Arbeitslosigkeit nehmen zu. Jungen Menschen fehle oft eine Berufsausbildung, die sie in den Arbeitsmarkt bringen könnte. Deshalb sei die soziale Lage in Tunesien noch immer sehr labil. Dies hänge ganz entscheidend mit der Sicherheit im Land zusammen: Tunesien habe einen hohen Zulauf zum „Islamischen Staat“ und zugleich auch eine hohe Zahl an Rückkehrern. Noch könne das Land diese Situation gut meistern; die Terrorgefahr sei jedoch allgegenwärtig.

Dennoch: Tunesien sei ein kleines Versuchslabor für westliche Demokratien, so Maget, um im arabischen Raum Demokratien aufzubauen. Das Land könne eine Vorbildfunktion einnehmen und so einen positiven Effekt auf die Entwicklung seiner Nachbarländer entfalten. Ein echter „Arabischer Frühling“ 2.0 also? Politischer Wandel war nie linear. Demokratie kommt stets in kleinen Schritten und nach vielen Rückschlägen.



Anja Opitz

„Wir leuchten mit Taschenlampen in Ecken“ Eindrücke und Einblicke vom Krieg in Syrien

PETRA RAMSAUER ist seit 1999 Kriegsreporterin. Seither war sie auf mehr als zwanzig längeren Recherchereisen im von Israel besetzten Teil Palästinas; zuletzt am Golan und zuvor im Libanon zu Gesprächen mit der Hisbollah. Sie hat mehrfach Irak und Syrien bereist und führte Gespräche mit Shimon Perez, Yassir Arafat und dem Hamas-Gründer Scheich Yassin. 2013 erhielt sie den Concordia Award for Human Rights und 2014 den NGO-Award for Syria Coverage.

Sie schilderte dem Akademiepublikum in beeindruckender Weise ihren Blick auf Syrien und Israel. Das Gespräch war eingebettet in ein Symposium, das sich mit der Außenpolitik der Regierung Trump im Nahen Osten beschäftigte. Die Ergebnisse werden in einem Sammelband in der Reihe Tutzingen Schriften veröffentlicht.

Front gegen die Bevölkerung

In diesem internationalisierten Krieg – streng genommen sind es vier Kriege auf syrischem Boden – gebe es nur eine einzig relevante Front, berichtete Ramsauer: jene der kriegsführenden Parteien gegen die Bevölkerung Syriens. Das größte Hindernis auf der Suche nach Antworten und Lösungen, diesem Krieg ein Ende setzen zu können, sei, dass wir von dem, was in Syrien passiere, nur maximal drei bis fünf Prozent wüssten: „Wir leuchten mit Taschenlampen in Ecken“, sagte die Journalistin.

Das gilt nicht nur für die westliche Welt, sondern auch für regionale Akteure in der Nachbarschaft Syriens. Vor allem für Israel wird der dramatische Mangel an Wissen, wer mit wem wo und gegen wen kämpft, zur Überlebensfrage. Das Land hoffte, mit dem Eingreifen Russlands in den Krieg in Syrien sei für Israel das Drama mit Iran vorbei. Russland aber braucht Iran, um eigene Verluste zu vermeiden: Ziehe sich

Iran aus diesem Krieg zurück, bedeute das ein Eingreifen Russlands mit Soldaten am Boden. Das wolle Präsident Putin nicht. Um zu testen, wie stark die russische Abwehr ist, führte Israel zwischen 2017 und 2018 etwa 120 Schläge in Syrien durch. Die hätten ein dramatisches Eskalationspotential mit verheerenden Folgen für die Region.

Das Regime Assad greife auf alte Verbündete wie Iran zurück, um das eigene Überleben zu sichern. Iran rekrutiere dafür schiitische Milizen aus der gesamten Region und über die libanesische Hisbollah. Ramsauer berichtete aus Gesprächen mit der Hisbollah: Die Zahl an Raketen, die Iran in den Süden Libanons brachte, würde Israel nicht überleben. Assad und die Hisbollah seien dramatisch an Israel herangerückt und setzten das Land zunehmend unter Druck.

Rolle der EU

Wäre es für die EU überhaupt möglich zu vermitteln und welche Lösungen sieht Ramsauer? Ein denkbarer Weg läge wohl in einer überregionalen Konferenz, auf der auch die Frage nach neuen Grenzen offen besprochen werden müsste. Die Reporterin setzt auf den Mut westlicher Akteure wie der EU, überregional zu denken und mit neuen Ideen zu arbeiten. Vor allem die EU habe in den vergangenen Jahren sehr am Paradigma der Stabilität festgehalten. Sie zu erreichen führe aber immer zu missglücktem Agieren. Tatsächlich sei so die Instabilität in der Region eher gestiegen.

Warum also nicht in Utopien denken, fragte Ramsauer. Die EU sei ein Akteur, der wegen seiner besonderen Strukturen in der Lage sei, hinzuhören, Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und sich dem Gedanken zu öffnen, dass auch andere Ideen als die westliche Demokratie in der Region Fuß fassen könnten.



Anja Opitz

„Einen Plan konnte es dafür nicht geben“

Horst Teltschik war 1989 und 1990 als stellvertretender Chef des Bundeskanzleramts unter Helmut Kohl maßgeblich an den deutsch-deutschen Verhandlungen rund um die Deutsche Einheit beteiligt. Bei den Deutsch-Deutschen Filmtagen in Hof und Plauen war er als Zeitzeuge geladen zum Gespräch nach der Vorführung des Dokumentarfilms „Moskau, Mythen, Mauerfall“ von Ignaz Lozo aus dem Jahr 2009.

DER FILM beschreibt die Rolle der sowjetischen Führung am Zustandekommen der Einheit und zeigt die atemberaubenden Positionswechsel des Kreml – auch die vielen Widersprüche und die Sprunghaftigkeit von Michail Gorbatschow, dem damaligen Präsidenten der Sowjetunion.

Teltschik konnte im Gespräch mit Moderator Michael Schröder diese kritische Haltung des Films nicht teilen. Für ihn war Gorbatschow ein verlässlicher Partner, ohne den die Deutsche Einheit nicht zustande gekommen wäre. Er handelte allerdings auch unter erheblichem ökonomischen Druck. Die Menschen in der Sowjetunion litten unter der schwierigen Versorgung. Milliardenkredite und Lebensmittellieferungen aus der Bundesrepublik schufen eine vertrauensvolle Basis für die Verhandlungen, so Teltschik. Gegenseitiges Vertrauen sei die entscheidende Grundlage für solch schwierige Verhandlungen. „Daran mangelt es heute oft in der internationalen Politik“, sagte er.

Gorbatschow war nicht der schwierigste Verhandlungspartner. „Maggy Thatcher war viel schwerer zu überzeugen“, sagte er. „Auch der französische Staatspräsident Mitterand war nach anfänglichem Zögern auf unserer Seite.“ Sein Staatsbesuch im Dezember 1989 in der DDR wurde nachträglich als „Missverständnis“ bezeichnet. Man müsse bei beiden auch bedenken, welche Erinnerungen sie an Deutschland und die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges hatten: „Thatcher hat die Bombardierung Londons erlebt. So etwas prägt.“

Die Ereignisse der Grenzöffnung am 9. November 1989 in Berlin kamen für die westdeutsche Regierung völlig überraschend: „Sonst wären wir nicht zum



Michael Schröder im Gespräch mit Horst Teltschik (rechts) bei der Eröffnung der 9. Deutsch-Deutschen Filmtage in Hof
© Neumann

Staatsbesuch nach Polen gefahren“, sagte Teltschik. Einen Plan konnte es für eine so bedeutende weltpolitische Situation ohnehin nicht geben: „Alle Pläne wären falsch gewesen.“ Stattdessen veröffentlichte Kohl am 28. November seinen „Zehn-Punkte-Plan zur Deutschen Einheit“, der aus Teltschiks Feder stammte: „Er sollte ein Fahrplan für die nächsten fünf bis zehn Jahre sein, war aber schon wenige Tage nach seiner Veröffentlichung bereits Makulatur“, sagte der frühere Kohl-Vertraute. Der Plan war weder mit dem Koalitionspartner Außenminister Genscher noch mit den vier Siegermächten abgestimmt. „Wenn Genscher davon erfahren hätte, wäre er vorzeitig an die Medien gegangen und hätte alles als seine Idee verkauft.“

An das Publikum in Plauen gewandt sagte Teltschik: „Sie, die Menschen in der DDR, haben das Tempo der Einheit bestimmt. Nicht die Politiker.“ Er erinnerte daran, dass die Demonstrationen gegen die SED-Führung in Plauen begonnen hätten, nicht in Leipzig oder Ost-Berlin: „Sie waren die Ersten. Darauf können Sie stolz sein. Das darf nicht vergessen werden.“

Kurzes Zeitfenster

Auf das Tempo des Einheitsprozesses angesprochen sagte der frühere Kanzleramtsbeamte: „Es gab nur ein kurzes Zeitfenster für die Einheit. Wir wussten nicht, wie lange sich Gorbatschow noch an der Macht hält und was nach ihm kommt. Und im August 1990 begann der erste Irak-Krieg. Da hatten die USA ganz andere Sorgen als die Deutsche Einheit.“ Für eine langwierige gemeinsame Verfassungsdiskussion und die Einheit nach Art. 146 des Grundgesetzes blieb keine Zeit: „Das war alles Theorie.“ Bilanzierend könne man stolz sein auf das Erreichte. Man brauche sich nur in den Städten Ostdeutschlands umsehen. Bedauerlich sei nur, dass die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur nicht mit dem ökonomischen Aufschwung Schritt halten konnte und sich extremistische und nationalistische Stimmungen gefährlich ausbreiten.



Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 30)

Gestaltung als Mittel für Humanität und Demokratisierung

In diesem Jahr wird das 100-jährige Jubiläum des Bauhauses gefeiert. Dessen westdeutsches Nachfolgeinstitut, die Hochschule für Gestaltung Ulm (hfg), wurde vor 50 Jahren auf Betreiben der baden-württembergischen Landesregierung unter Hans Filbinger (CDU) aus politischen Gründen geschlossen. Unser Symposium* erinnerte daran und zeigte Perspektiven für die Zukunft des Gestaltens einer nachhaltigen Umwelt auf.



Das legendäre stapelbare Geschirr TC 100 des hfg-Designers Hans (Nick) Roerich

© Kippelboy / CC BY-SA 3.0

DIE HFG war von ihren Mitbegründern Otl Aicher und Inge Aicher-Scholl (überlebende Schwester der hingerichteten Geschwister Scholl) als sozialkulturelle Institution gedacht, die durch bewusste Gestaltung zur Humanität und Demokratisierung Deutschlands beitragen sollte. Produktgestaltung und visuelle Kommunikation sollten nicht vordringlich dem Kommerz untergeordnet sein oder der Kunst dienen. Gebrauchen und informieren waren die neuen fundamentalen Leitideen statt verbrauchen und überreden.

Ökologisch gestalten

Damals tauchten erste Ansätze für eine ökologische Orientierung der Gestaltung auf. An diese und andere Utopien der hfg-Gründer um Max Bill und Otl Aicher erinnerte der Münchner Philosoph Wilhelm Vossenkuhl. Bauhaus und hfg seien beide nach den Erschütterungen zweier, von Deutschland ausgehender Weltkriege gegründet worden. Vieles von den



Wilhelm Vossenkuhl erinnerte an die lebendigen Utopien der hfg.

© Schröder (APB)

Utopien sei heute wieder aktuell. „Es gibt noch die Freischwinger, vieles der Entwürfe ist heute wieder modern. Aber es ist Nostalgie“, sagte Vossenkuhl. Neu und wichtig war auch die Integration von Wis-

senschaft in die handwerkliche Ausbildung. „Die Welt als Entwurf“ war das Credo von Aicher – von Menschen gemacht und organisiert. Für ihn lenkte Kunst vom Wesentlichen ab. Aicher ging es um die Gestaltung des Alltags: „Keine Theorie, sondern machen – das war Otl Aicher“, sagte Vossenkuhl, der mit dem legendären Gestalter befreundet war. Er widersprach auch der Ansicht, Filbinger sei der Hauptschuldige am Ende der hfg: „Lothar Späth, damals Fraktionsvorsitzender der CDU im Stuttgarter Landtag, war der Strippenzieher, der 1968 den Geldhahn zudrehte.“

Manche Utopien blieben am Leben, viele heutige Designer seien der Ulmer Schule verpflichtet. Aber gerade in großen Aktiengesellschaften hätten es die Design-Abteilungen schwer oder es gibt sie gar nicht mehr: „In Familienunternehmen dagegen lebt heute noch Ulmer Design“, sagte Vossenkuhl. Er forderte eine neue Einheit von Gestaltung, Soziologie und Philosophie.

Kosmopolitische Atmosphäre

Der ehemalige hfg-Student und spätere Professor für Städtebau an der RWTH Aachen, Gerhard Curdes, konnte ohne Abitur – als gelernter Tischler – an der hfg studieren. Auch das war damals ein revolutionärer Gedanke. Er erinnerte an die Grundziele einer demokratisch-politischen und ästhetischen Bildung an der hfg und an die kosmopolitische Atmosphäre: „Wir hatten 43 Prozent ausländische Studenten. Und die jüdischen fühlten sich bei uns sicher.“ Curdes sieht

* In Zusammenarbeit mit dem club off ulm, einem Verein ehemaliger Dozenten und Absolventen der hfg

denn auch die „ständige Konfrontation mit der rechten Politik der Adenauer-Zeit und die Auseinandersetzung mit dem Alt-Nazi Filbinger“ als eine der Gründe für die Schließung im Jahr 1968.

Karussell des Überflüssigen

Der Kölner Professor René Spitz sieht Design und dessen Lehre in der Krise: „Der Algorithmus ist der neue Funktionalismus. Design ist ein Staubsaugerbegriff, der alles vernebelt.“ Wie weit man gekommen sei, zeige, dass der Designer des Jahres 2019 einen *Künstlernamen* habe (Nendo). Überall gebe es Retro, Bauhaus sei Pop-Kultur.



René Spitz: „Heute fehlt eine Ausbildungsstätte für die kulturelle Bewältigung des Neuen.“

Das Motto laute: „Remix it! Bauhaus reloaded!“ Das sei kein Klageged, sondern eine nüchterne Feststellung: „Wir können vom Bauhaus nichts lernen. Es ist ein Karussell des Überflüssigen. Das Design hat sich von der Gesellschaft entkoppelt.“ Der Kontext stehe nicht mehr im Mittelpunkt –

anders als früher, als es noch hieß: „Volksbedarf statt Luxusbedarf!“ Die Branche sei konservativ und nur an Oberflächengestaltung interessiert: „Die Werkzeuge sind zwar präzise, aber die Ziele sind unbestimmt und verworren“, sagte Spitz. Heute fehle eine Ausbildungsstätte für die kulturelle Bewältigung des Neuen. „Überlassen wir die Gestaltung nicht denjenigen, die für Gestaltung nichts übrig haben“, so sein abschließender Appell.

Design für Nachhaltigkeit

Die Designerin Ursula Tischner (econcept) setzt sich für ein nachhaltiges Design bei nachhaltigen Produkten ein. Unbegrenztes Wachstum sei nicht mehr möglich. 30 Prozent der Weltbevölkerung, die Industrieländer und reicheren Schichten in den Schwellen-

ländern, verbrauchten 70 Prozent der Ressourcen weltweit und richteten die größten Umweltschäden an. Westliche Lebensstile, die mit großen Werbebudgets in alle Märkte gedrückt würden, taugten nicht als Modell für die ganze Welt. Design müsse vom Erfüllungsgehilfen der Industrie zum Ermöglicher nachhaltiger Lebensstile werden.



Ursula Tischner: „Design muss vom Erfüllungsgehilfen der Industrie zum Ermöglicher nachhaltiger Lebensstile werden.“

Design für Nachhaltigkeit bedeute ein radikales neues Denken von Systemen und Produkten. „Ecodesign“ werde für ökologisch und ökonomisch sinnvolle Güter gemacht – über deren gesamten Lebenszyklus hinweg. „Designer sollen zukünftig asoziale und unökologische Aufträge ablehnen und so Stück für Stück die Welt ein bisschen besser machen“, sagte Tischner, die an der Hochschule Joanneum in Graz lehrt.

17 weltweite Umweltziele

Tobias Orthen ist Physiker und Ökonom am Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) in Neu-Ulm. Er unterstrich die Ziele eines nachhaltigen Designs und wies darauf hin, dass dringend die CO₂-Äquivalente pro Kopf und Jahr verringert werden müssen. Die 17 weltweiten Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele seien formuliert. Jetzt ginge es „nur“ noch um die Erreichung. Voraussetzung für gute Entwicklungschancen sei ein geringeres Bevölkerungswachstum. Die letzte Pariser Klimakonferenz habe mit ihren Abkommen und Zielen nur die Hälfte des Problems gelöst. „CO₂ muss endlich einen Preis haben“, sagte Orthen. Die Europäer müssten sich auch von der Vorstellung verabschieden, sie seien der Nabel der Welt: „Die Musik spielt längst woanders.“



Michael Schröder



Das Gebäude der hfg auf dem Kuhberg in Ulm

© Museum-Ulm-hfg-Archiv / Foto: Sisi von Schweinitz

Frische Akzente und zukunftssträchtige Werte

DIE DAMALIGE Kultusstaatssekretärin Carolina Trautner betonte den wichtigen Beitrag für gegenseitigen Respekt und Demokratie in unserem Land, den engagierte Lehrkräfte mit der Werteerziehung leisteten: „Schulen in ganz Bayern haben in den letzten zehn Jahren zahlreiche Projekte zur Werteerziehung auf die Beine gestellt und so auf diese Weise die Entwicklung junger Menschen zu starken Persönlichkeiten unterstützt“, sagte sie bei einer Feierstunde in der Akademie.

Anlass war das 10-jährige Bestehen der Werte-Multiplikatoren. Insgesamt 120 Lehrkräfte haben sich seit dem Jahr 2007 als Experten der Werteerziehung qualifiziert. Sie unterstützen Schulen in ganz Bayern dabei, Werte nachhaltig in der Schulentwicklung und im Schulleben zu verankern. Staatssekretärin Trautner dankte den Werte-Multiplikatoren für ihren vorbildlichen Einsatz und überreichte ihnen als Zeichen der Anerkennung eine Urkunde.

Wertebildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Im Mittelpunkt der neuen Initiative „Werte machen Schule“ stehen die Schülerinnen und Schüler.

Sie gestalten – unterstützt von der gesamten Schulfamilie sowie externen Partnern wie Elternverbänden, Jugendorganisation oder Religionsgemeinschaften – die Wertebildung an den Schulen aktiv mit und bestimmen die Themen, die ihnen am Herzen liegen. Dazu werden jährlich neue Schwerpunkte gesetzt. Im Schuljahr 2018/2019 geht es um Wertebildung in der digitalen Welt.



DW/SH



Ausgezeichnete Werte-Multiplikatoren mit Staatssekretärin Carolina Trautner (rechts)

© StMUK

AKADEMIE INTERN

Offen für Kooperationen

Meghan Gregonis ist seit Juli 2018 US-Generalkonsulin in München und kam im November zum Antrittsbesuch und Erfahrungsaustausch mit Direktorin Prof. Ursula Münch und Teilen des wissenschaftlichen Kollegiums nach Tutzing.

HAUPTSÄCHLICH interessierten beide Seiten die derzeit etwas angespannten transatlantischen Beziehungen und Möglichkeiten ihrer Verbesserung. Gregonis möchte besonders den Schüler- und Studentenaustausch beleben und hofft, so wieder die nötigen Brücken zwischen den USA und Deutschland zu bauen. Kontakte und Pflege der Beziehungen zu Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen gehören zu ihren Hauptaufgaben.

Sie ist seit 2001 im Auswärtigen Dienst tätig, wo sie kurz vor den Anschlägen vom 11. September begonnen hatte. „Dieses Ereignis hat mein Leben und das vieler US-Bürger verändert“, sagte sie rückblickend. Schwerpunkte ihrer Auslandstätigkeiten waren seit 2002 der Nahe und Mittlere Osten mit Stationen in Israel, Irak, Italien, Saudi-Arabien und Pakistan.

Vor ihrer neuen Aufgabe in Deutschland war sie im Außenministerium und im Weißen Haus tätig. Gregonis zeigte sich wie auch ihre Vorgänger offen für Kooperationen mit der Akademie. So wird im März 2019 ein gemeinsames „TechCamp“ in Tutzing stattfinden.



Meghan Gregonis ist seit Juli 2018 die neue US-Generalkonsulin in München.

© Schröder (APB)

MS

Politische Bildung für Zivildienstleistende in der Tutzingener Akademie

„KULTURELLE IDENTITÄT und Vorurteile: Unser Bild von der Mentalität der Bürger fremder Nationen“, „Souveränität und nationale Identität“, „Wirtschaftswachstum: Notwendigkeit oder Übel?“ oder „Bürger zwischen Sicherheit und Freiheit“ – das sind nicht etwa Beispiele aus unserem aktuellen Programm. Vielmehr handelt es sich dabei um Angebote unterschiedlichster Träger speziell für Zivildienstleistende (Zivis) aus dem Jahr 1987.

Seminare für Zivis

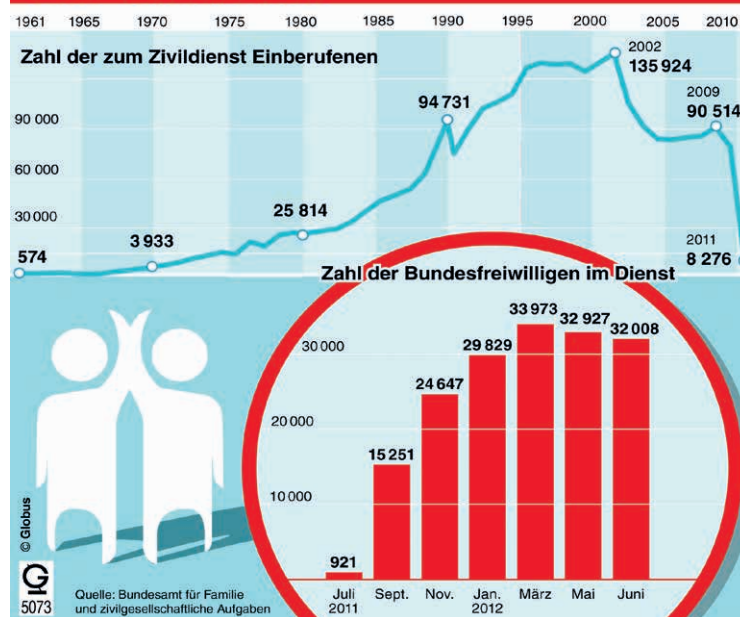
Der Gesetzgeber hatte die Wichtigkeit politischer Bildung (auch) für den Kreis der Zivis erkannt und im Zivildienstgesetz (ZDG) die rechtliche Grundlage für den Besuch sogenannter „staatsbürgerlicher Seminare“ gelegt. Zu diesem Zweck wurden vom Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) ein- und mehrtägige Seminare unter Mitwirkung unabhängiger Dozenten der politischen Bildung durchgeführt. Darin sollten im Wesentlichen jene Aspekte im Vordergrund stehen, „die für Zivildienstleistende als junge Staatsbürger von Bedeutung sind.“ Ihnen sollte Gelegenheit gegeben werden, „sich mit den Grundwerten und Grundproblemen unserer Gesellschaft und unseres Staats auseinanderzusetzen, die politisches Urteilen und Handeln bestimmen.“ Von ihrem Anspruch auf politische Bildung konnten die Zivis zweimal während ihrer Dienstzeit Gebrauch machen. Grundsätzlich war die freie Auswahl aus dem Seminarangebot des BAZ vorgesehen.

Akademie ab 1985 Zivildienststelle

Nachdem der Finanzausschuss des Kuratoriums 1984 die Mittel für die Beschäftigung eines Zivildienstleistenden freigemacht und das Kuratorium sein Placet erteilt hatte, wurde beim BAZ eine Zivildienststelle für die Akademie beantragt. Sie wurde 1985 als Beschäftigungsstelle für einen Zivildienstleistenden offiziell anerkannt. Am 1. Oktober 1985 trat der erste Zivi Richard Angerer die neu geschaffene Stelle an. Sein Dienst endete nach 18 Monaten. Mit Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 liefen auch die letzten Zivildienstverhältnisse aus. Bis dahin haben weitere 22 junge Männer die Akademiearbeit tatkräftig unterstützt. Ihr Einsatz erfolgte vor allem im Bereich Haus- und Grundstücksverwaltung.

Bereits lange vor Einrichtung der entsprechenden Zivi-Stelle hatte die Akademie ihrerseits spezielle Angebote für Zivis entwickelt. Im Seminar „Grundfragen

Vom Zivi zum Bufdi



© GLOBUS/DPA-INFOGRAFIK

politischer und wirtschaftlicher Ordnungen in Industriegesellschaften der Gegenwart“ im Januar 1975 sollte beispielsweise gezielt ausprobiert werden, welche Möglichkeiten im Vergleich zu den vom BAZ angebotenen eintägigen Seminaren gegeben sind, wenn einige Tage hintereinander systematisch gearbeitet werden kann.

Seminare für Zivis und Soldaten

Daran schloss sich 1976 unter Leitung des früheren Akademiedozenten Jürgen Maruhn (1937–2013) eine ganze Serie von regelmäßig durchgeführten Seminaren mit paritätisch besetzten Gruppen aus Wehr- und Zivildienstleistenden an. Später dann wurde in diesen „Begegnungsveranstaltungen“ stärker mit der Behandlung außen- und sicherheitspolitischer Themen experimentiert, wie etwa: Rolle der Sowjetunion, Stellenwert der Friedensbewegungen, Entwicklung der Deutschlandpolitik, NATO-Konzeption, alternative Verteidigungskonzepte sowie Probleme der Wehrgerechtigkeit und der Dienstpflicht, juristisch und politisch-ethisch betrachtet.

Die Tagungsleitung hatte, neben Jürgen Maruhn, die leider viel zu früh verstorbene Akademiedozentin Sabine Wernet (1951–2011). Bis zur vermutlich letzten Veranstaltung dieser Art im März 1990 haben in der Akademie mindestens 15 Begegnungsseminare zwischen Zivis und Soldaten und zudem noch mehrere Treffen der zwischenzeitlich ins Leben gerufenen „Arbeitsgruppe zur Staatsbürgerlichen Bildung von Zivildienstleistenden“ stattgefunden.

Steffen H. Elsner

Philosophin mit italienischen Wurzeln

ROBERTA ASTOLFI vertritt seit Januar 2019 den Arbeitsbereich „Ethische und theoretische Grundlagen der Politik“. Sie tritt damit die Nachfolge von Michael Spieker an, der als Professor an die Katholische Stiftungshochschule in Benediktbeuern ging (siehe Akademie-Report 4-18). Die 30-jährige Italienerin wurde in Rom geboren und hat dort Philosophie studiert. Demnächst wird sie an der Universität Göttingen promovieren. Wir sprachen mit der neuen Kollegin.

Akademie-Report: Was bringt eine junge Frau dazu, Philosophie zu studieren und sich mit dem Denken meist sehr alter Männer wie Plato und Aristoteles zu beschäftigen?

Astolfi: Eigentlich wollte ich Journalistin werden und dachte, dass Philosophie eine gute Grundlage ist, um die Welt besser zu verstehen. Philosophie war die große Leidenschaft meiner Mutter, die mich ein bisschen angesteckt hat.

Warum haben Sie dann nicht den Weg in den Journalismus gefunden?

Ich habe schnell gemerkt, dass ich mich mit den Büchern wohler fühle. Ich brauche viel Zeit, um mich mit Themen auseinanderzusetzen.

Wie lautet das Thema Ihrer Dissertation?

Eine rechtsphilosophische Analyse der Beziehung zwischen Recht und Gesellschaft am Beispiel der Europäischen Union.

Haben Sie einen Lieblings-Philosophen?

Nein. Ich mag mich da nicht festlegen. Manchen finde ich persönlich sympathischer. Aber das hat keinen Einfluss auf meine Arbeit.

Wer ist der sympathischste Denker – von der Antike bis heute?

Ich finde die Auseinandersetzung mit Hegel als Forscherin besonders spannend. Aber das heißt nicht, dass er mein Favorit ist.

Wie unterscheiden sich deutsche und italienische Universitäten?

In Italien herrscht noch eine stärkere Hierarchie. Zu meiner Zeit gab es fast nur Vorlesungen und ganz wenige Seminare und Kolloquien mit eigenen Arbeiten und Vorträgen, in denen man seine eigene Meinung darlegen konnte. Für mich war hier alles ganz neu.

Wann kam der Entschluss, beruflich in Deutschland zu bleiben?

Eigentlich wollte ich nach meiner Promotion in Göttingen wieder zurück nach Italien. Aber ich habe mich in der deutschen Gesellschaft sehr wohl gefühlt und gemerkt, dass es hier für mich viel mehr Möglichkeiten gibt.

Aber Sie haben auch als Redakteurin bei italienischen online-Magazinen gearbeitet?

Das war eine sehr schöne Erfahrung. Ich konnte mich mit Kunst und Literatur beschäftigen, was auch in der Freizeit meine große Leidenschaft ist.



Roberta Astolfi hat in Rom Philosophie studiert.
© Winterer (APB)

Worin unterscheiden sich deutscher und italienischer Journalismus?

Ich denke, dass in Deutschland mehr Aufmerksamkeit auf Reportagen gelegt wird.

Was gab den Anstoß, sich bei uns in Tübingen zu bewerben?

Nach fünf Jahren mit der Beschäftigung mit Wissenschaft fand ich die Möglichkeit sehr schön, eine größere Bandbreite an Themen und unterschiedlichem Publikum zu haben.

Was finden Sie besonders reizvoll an der Arbeit hier?

Die Möglichkeit, mich mit so vielen verschiedenen Themen zu beschäftigen. Auch mit Themen, die nicht im Mittelpunkt meines persönlichen Interesses stehen. Es gibt immer etwas Neues, was interessant ist.

Wo und wie möchten Sie Akzente in Ihrem Arbeitsbereich an der Akademie setzen?

Ich kümmere mich um ein Projekt „Populismus und Technokratie“. Beide führen nämlich zum gleichen Ergebnis für die Rolle des Individuums in Beziehung zur Politik.

Dafür und für die weitere Arbeit hier wünschen wir alles Gute!



Das Gespräch führte
Michael Schröder

Stabwechsel in der Pressestelle

ACHT JAHRE leitete Sebastian Haas die Pressestelle unserer Akademie. Im Februar übernahm er die Ansbacher Außenstelle des bayerischen Media Lab, einem Gründerzentrum für digitalen Journalismus. Es wird gefördert von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und dem Bayerischen Staatsministerium für Digitales und kooperiert mit der dortigen Hochschule.

Der gelernte Journalist und promovierte Historiker hat der Öffentlichkeitsarbeit der Akademie seit 2010 einen unverwechselbaren Stempel aufgedrückt. In seine Zeit fällt die Modernisierung der Homepage, die Intensivierung der Medienkontakte weit über Bayern hinaus und eine stetige Optimierung der Präsenz in den sozialen Medien. In den letzten Jahren übernahm er eigene Tagungen im Bereich digitaler Journalismus und konnte sich so auch Anerkennung und Wertschätzung erwerben. Zuletzt setzte er sich als stellvertretender Vorsitzender des Personalrats für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen ein. Wir bedauern seinen Weggang sehr. Wir wünschen



Beate Winterer (links) übernimmt von Sebastian Haas die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Akademie.

© Schröder (APB)

ihm aber für die Herausforderungen im neuen Berufsfeld alles Gute und hoffen, dass er uns in seiner neuen Position als Kooperationspartner erhalten bleibt, wenn es um Themen rund um den Wandel des Berufsfelds Journalismus geht.

Sebastian Haas übergibt den Stab an seine Nachfolgerin Beate Winterer. Die gelernte Journalistin hat bei der Münchner Tageszeitung tz volontiert und danach in verschiedenen Ressorts der tz und des Münchner Merkurs gearbeitet. Ihr Studium an der Universität München in Politik- und Kommunikationswissenschaft sowie im Elitestudiengang Osteuropastudien hat sie mit dem Bachelor und Master abgeschlossen. Sie war Stipendiatin des Max Weber-Programms im Elitenetzwerk Bayern. Neben

Englisch spricht sie Französisch, Türkisch und hat Grundkenntnisse in Russisch. Auslandsaufenthalte in der Türkei, den Staaten des Balkans und in London rundeten ihre Ausbildung ab. Vor ihrer neuen Tätigkeit als Pressereferentin unserer Akademie hat sie die Öffentlichkeitsarbeit des Studienreiseveranstalters Studiosus betreut.



Michael Schröder

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Roberta Astolfi M.A.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Beate Winterer M.A.

Aus dem Beirat

PETER DRIESSEN ist als Vertreter der bayerischen Industrie- und Handelskammern Ende 2018 aus dem Beirat ausgeschieden. Wir bedanken uns für die angenehme Zusammenarbeit und zahlreiche Impulse für die Arbeit unserer Akademie. Als Nachfolgerin begrüßen wir ganz herzlich Gerti Oswald und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Jahresbibliografien 2018

Prof. Dr. Ursula Münch ■

Herausgeberschaft

Föderalismus. Der deutsche Bundesstaat in der Europäischen Union (zusammen mit Hans-Jürgen Papier und Gero Kellermann), Baden-Baden (Nomos) 2018.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Disruption der Demokratie? Warum die digitale Transformation von Kommunikation, Politik und Wirtschaft unsere Demokratien bedroht, in: Digma. Zeitschrift für Datenrecht und Informationssicherheit, 18. Jg. (3/2018), S. 108–112.

¿Ejemplo a seguir o contraejemplo disuasorio? Características y desarrollo del federalismo en Alemania, in: Sistema. Revista de Ciencias Sociales, Nr. 251–252/2018, S. 65–76.

Vom Wunsch nach „Entflechtung“ zur Forderung nach mehr Bundesmitteln: Entwicklungen im bundesdeutschen Bildungsföderalismus, in: Peter Bußjäger/Christoph Schramek (Hg.), Die Neuorganisation der Bildungsverwaltung in Österreich, Wien (New Academic Press) 2018, S. 75–93.

Orientierung in Zeiten der Unsicherheit? Herausforderungen für die politische Bildung, in: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, 49. Jg. (3/2018), S. 27–33.

Bildungsföderalismus als verzichtbarer Luxus? Die Herausforderung der Bildungspolitik durch Migration und Digitalisierung, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 67. Jg. (1/2018), S. 41–51.

Das bayerische Parteiensystem: Strukturen, Zäsuren, Tendenzen (zusammen mit Jörg Siegmund), in: Harald Bergbauer (Koord.), Parteien und Landtagswahlen in Bayern. Die Landtagswahl 2013 in der Analyse, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2018, S. 20–63.

Das bayerische Parteiensystem im Vergleich. Merkmale, Trends und Perspektiven (zusammen mit Jörg Siegmund), in: Einsichten und Perspektiven, Nr. 2/2018, S. 62–71.



>> Prof. Dr. Ursula Münch

Das Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen – eine Einschätzung aus Sicht der Akademie für Politische Bildung Tutzing, in: Forum Politikunterricht, Nr. 1–2/2018, S. 12–14.

Steffen H. Elsner ■

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Die Anfänge der Politikwissenschaft an der TU Dresden. Rückschau eines befristeten Aufbauhelfers, in: Christoph Meißelbach/Jakob Lempp/Stephan Dreischer (Hg.), Politikwissenschaft als Beruf – Perspektiven aus Wissenschaft und Gesellschaft, Wiesbaden (Springer VS) 2018, S. 419–450.

Dr. Moritz Fink ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Amerikakritik – Made in USA: Die Repräsentation Amerikas durch die Simpsons, in: Volker Benkert (Hg.), Feinde, Freunde, Fremde? Deutsche Perspektiven auf die USA, Baden-Baden (Nomos) 2018, S. 239–259.

Des Präsidenten neue Kleider: Populismus, Propaganda, Protest und das Phänomen Donald J. Trump im digitalen Informationszeitalter, in: ebd., S. 323–339.

>> Dr. Moritz Fink

Phallic Noses, Blood-Filled Balloons, Exploding Popcorn, and Laughing-Gas-Squirting Flowers: Reading Images of the Evil Clown, in: John A. Dowell/Cynthia J. Miller (Hg.), *Horrific Humor and the Moment of Droll Grimness in Cinema. Sidesplitting sLaughter*, Lanham (Lexington) 2018, S. 29–42.

Of Maus and Gen: Author Avatars in Nonfiction Comics, in: *International Journal of Comic Art*, 20. Jg. (1/2018), S. 267–296.

Dr. Saskia Hieber ■

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Chinas globale Strategie: Die Dimensionen der Seidenstraßeninitiative, in: *Zeitschrift für Politik (ZfP)*, 65. Jg. (4/2018), S. 455–467.

Dr. Andreas Kalina ■

Herausgeberschaft

Mediatisierte Gesellschaften. Medienkommunikation und Sozialwelten im Wandel (zusammen mit Friedrich Krotz, Matthias Rath und Caroline Roth-Ebner), Baden-Baden (Nomos) 2018.



Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Europäischer Integrationsprozess, in: *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*, 8., völlig neu bearbeitete Aufl., hrsg. von der Görres-Gesellschaft und dem Verlag Herder, Bd. 2, Freiburg (Herder) 2018, S. 455–462.

>> Dr. Andreas Kalina

Einleitung: Mediatisierte Gesellschaften. Medienkommunikation und Sozialwelten im Wandel (zusammen Friedrich Krotz, Matthias Rath und Caroline Roth-Ebner), in: dies. (Hg.), *Mediatisierte Gesellschaften: Medienkommunikation und Sozialwelten im Wandel*, Baden-Baden (Nomos) 2018, S. 13–25.

Dr. Gero Kellermann ■

Herausgeberschaft

Föderalismus. Der deutsche Bundesstaat in der Europäischen Union (zusammen mit Hans-Jürgen Papier und Ursula Münch), Baden-Baden (Nomos) 2018.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Diskussionszusammenfassung „Grundlagen und Perspektiven auf den Bundesstaat“, in: Hans-Jürgen Papier/Ursula Münch/Gero Kellermann (Hg.), *Föderalismus. Der deutsche Bundesstaat in der Europäischen Union*, Baden-Baden (Nomos), S. 89–94.

Diskussionszusammenfassung „Die europäische Dimension“, in: ebd., S. 131–134.

Dr. Michael Mayer ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Rechtsextreme Demokraten? Das Beispiel des Holocaust in Frankreich, in: *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Nr. 4/2017, S. 151–160.

Der Staat und das Private. Der Zusammenhang von Polizeireform und häuslicher Gewalt in den USA seit 1960, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 66. Jg. (2/2018), S. 126–146.

Vom Kulturbund in Berlin zum Kurhaus in Baden-Baden: Das Schriftstellerpaar Ingeborg und Herbert Wendt im Dialog mit Lion Feuchtwanger, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 166. Jg. (4/2018), S. 427–451.

Sonstiges

Immer aufeinander fixiert. Bundesrepublik und DDR im Wettbewerb um die Gunst der argentinischen Militärdiktatur, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Februar 2018, S. 6.

Dr. Anja Opitz ■**Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

Unsichere Sicherheiten. Politische Bildung und die Frage gesellschaftspolitischer Eigenverantwortung, in: Außerschulische Bildung, 64. Jg. (3/2018), S. 22–26.

Die Quelle der Inspiration: Ein weißes Sofa am Institut, in: Martin Senn (Hg.), 40 Jahre Institut für Politikwissenschaft an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Eine Festschrift, Innsbruck (Innsbruck University Press) 2018, S. 85–86.

Sonstiges

Concept Paper on the Future of Global Health Security. Deliberations of the Global Health Security Alliance [zusammen mit Margareth Bourdeaux und Christian Haggenmiller] (=GloHSA-Brief, Nr. 1/2018), Plaidt (Global Health Security Alliance) 2018.

Ebola Outbreak in the DRC. Commentary. Press Release [zusammen mit Christian Haggenmiller, Jan-Cedric Hansen und James M. Wilson] (=GloHSA-Brief, Nr. 2/2018), Plaidt (Global Health Security Alliance) 2018.

The Security Sector and Global Health Crises: Preparing for Health Crisis Prevention and Response. Health Emergencies and Crisis Training Modules for Health and Security Agencies [zusammen mit Christian Haggenmiller und Margareth Bourdeaux] (=DCAF-Paper), Genf (DCAF) 2018.

Dr. Wolfgang Quaisser ■**Sonstiges**

Stabilisierung der Eurozone – Deutsch-französische Lösungsstrategien (=Akademie-Kurzanalyse, Nr. 2/2018), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2018.

Dr. Thomas Schölderle ■**Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

„Was wäre, wenn...“. Utopien als soziale Gedankenexperimente, in: Peter Nitschke (Hg.), Und immer wieder Utopia. Perspektiven utopischen Denkens von Morus bis zur Gegenwart, Berlin (Lang) 2018, S. 49–76.

>> Dr. Thomas Schölderle

Joachim von Fiore. Apokalyptische Geschichtstheologie als Utopie?, in: Berliner Theologische Zeitschrift (BThZ), 35. Jg. (2/2018) (=Endzeit ohne Ende? Gegenwelten – Unzeiten – Nicht-orte), S. 221–247.

Dystopie als Utopie. Ein Subgenre als politisches Frühwarnsystem, in: Politikum. Analysen – Kontroversen – Bildung, 4. Jg. (2/2018), S. 48–58.

Dr. Michael Schröder ■**Herausgeberschaft**

Migration, Integration, Inklusion. Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft (zusammen mit Marlis Prinzing und Nina Köberer), Baden-Baden (Nomos) 2018.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Guter Journalismus bildet die Gesellschaft in ihrer Vielfalt ab (zusammen mit Marlis Prinzing und Nina Köberer), in: Marlis Prinzing/Nina Köberer/Michael Schröder (Hg.), Migration, Integration, Inklusion. Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft, Baden-Baden (Nomos) 2018, S. 11–17.

Demokratieerziehung in digitalen Medienwelten, in: ISB-info Nr. 1/2018, S. 15–16.

Jörg Siegmund ■**Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

Das bayerische Parteiensystem: Strukturen, Zäsuren, Tendenzen (zusammen mit Ursula Münch), in: Harald Bergbauer (Koord.), Parteien und Landtagswahlen in Bayern. Die Landtagswahl 2013 in der Analyse, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2018, S. 20–63.

Das bayerische Parteiensystem im Vergleich. Merkmale, Trends und Perspektiven (zusammen mit Ursula Münch), in: Einsichten und Perspektiven, Nr. 2/2018, S. 62–71.



© ANDREAS HERMSDORF/PIXELIO.DE

Freie Presse (Plauen), 19. November 2018

Moskau, Mythen, Mauerfall

Zu den neunten deutsch-deutschen Filmtagen Hof/Plauen erwarten die Besucher zehn Dokumentarfilme. Dazu im Anschluss die Möglichkeit, mit Gästen ins Gespräch zu kommen. Am Freitag gab Plauens Bürgermeister Steffen Zenner in der Galerie Forum K den Auftakt und konnte einen prominenten Zeitzeugen begrüßen: Horst Teltschik.

... GANZ NAH an ihm [Helmut Kohl] dran, bei allem dabei und im Hintergrund die Fäden spinnend: Horst Teltschik, von 1982 bis 1990 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt. Er saß leibhaftig vorn und mit ihm unterhielt sich Michael Schröder von der Akademie für Politische Bildung Tutzing.

Das Wichtigste und ein Wunder für Teltschik, dass 1989 kein einziger Schuss gefallen ist, obwohl durchaus ein Blutbad vorstellbar gewesen wäre. Dazu viele, auch in Vergessenheit geratene Details. Dass zum Beispiel noch im Januar 1990 in der Sowjetunion eine militärische Intervention in der DDR erwogen, aber bereits Anfang Februar beim Besuch von Kohl in Moskau die deutsche Einheit von Gorbatschow zugesagt worden sei, zumal dieser von Anfang an auch die Souveränität der sozialistischen Staaten gewährleistet hatte; das Ende der Breschnew-Doktrin.



Moderator Michael Schröder (links) und Horst Teltschik, dem ehemaligen stellvertretenden Chef des Bundeskanzleramts unter Helmut Kohl

© Gebauer

Fragen aus dem Publikum wurden gestellt zu einer neuen Verfassung und der Hektik im Vereinigungsprozess. Hier Teltschik ganz eindeutig: „Das Tempo der deutschen Einheit haben die Menschen der DDR bestimmt.“ Er erinnerte auch an den sogenannten Schürer-Bericht, der 1989 die katastrophale Situation der DDR-Wirtschaft schonungslos, wenn auch spät, aufgedeckt habe. Leider habe den deprimierenden Befund im Westen niemand gekannt. Als Irrtum habe sich herausgestellt, dass die deutsche Einheit ohne Steuererhöhungen zu meistern wäre. Das schien damals jedoch, bei fünf Prozent Wirtschaftswachstum den Experten möglich.

Horst Teltschik, der wie kaum ein Zweiter („bei 18 Stunden Arbeit täglich, sieben Tage in der Woche“) in den stürmischen Tagen der friedlichen Revolution und dem Prozess, der in der Einheit Deutschlands gipfelte, die Politik entscheidend mit bestimmte, betonte eingangs: Die erste, wichtige, große Demonstration, mit der alles begann, fand in Plauen statt.

Lutz Behrens
(siehe Seite 20)



Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

© HAAS (APB)

MARZ 2019

März **■ Internationale Akademie ■** *11-2

11. – 13. TechCamp Tutzing
In Kooperation mit dem US-Generalkonsulat München
Leitung: Michael Mayer/Anja Opitz
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

März **Solidarität in der EU** 12-4

22. – 24. Nicht nur eine Frage des Geldes
Leitung: Andreas Kalina
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

März **■ Tutzinger Journalistenakademie ■** 13-2

25. – 27. Recherche-Werkstatt
In Zusammenarbeit mit ProRecherche
Leitung: Michael Schröder/Thomas Schuler
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

März **China und Nordkorea** 13-1

29. – 31. Asiens Autoritarismus auf dem Vormarsch?
Leitung: Saskia Hieber
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

APRIL 2019

April **Europas Grenzen – Grenzen in Europa** 14-2

2. – 3. Flucht als Gegenstand von Politik und zivilgesellschaftlichem Engagement
In Zusammenarbeit mit der Interkulturellen Akademie der Inneren Mission München – Diakonie in München und Oberbayern e.V.
Leitung: Andreas Kalina/Sabine Lindau
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

April **Arbeitsmarkt und Sozialsysteme im digitalen Wandel** 14-1

5. – 6. In Zusammenarbeit mit dem IAB Nürnberg und dem IOS Regensburg
Leitung: Wolfgang Quaisser/Jürgen Jerger/Ulrich Walwei/Ekatarina Skoglund
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

April **1. Deutscher Kindergesundheitsgipfel** 18-2

29. – 30. Expertentagung zur Bedeutung der Kinderrechte für die Kindermedizin
In Kooperation mit Vertretern aller deutschen Universitätskinderkliniken sowie der National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V.
Leitung: Ursula Münch/Christoph Klein/Jörg Siegmund
Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53

MAI 2019

Mai **Der demografische Wandel** 19-6

10. – 12. Zukunftsfragen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft
Leitung: Andreas Kalina
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

Mai **Die neue Öffentlichkeit: Mediendemokratie im digitalen Zeitalter** 19-2

11. Anforderungen für Erziehung, Lehre und Bildung
In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien (EAM) im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.
Leitung: Michael Schröder/Sabine Jörk
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58
Veranstaltung in Bayreuth



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch setzte sich mit einem Thema, das immer mehr Menschen auf den Nägeln brennt, bei einem Vortrag bei den Münchner Wissenschaftstagen 2018 auseinander: „Alarm am Lebensabend. Gibt es Wege aus dem Renten- und Pflegenotstand? Was tut die Politik?“. Um das Thema „Europa wohin? Zwischen Nationalismus, Trump und China“ drehte sich das von Ulrich Deppendorf moderierte Zeughaus-Gespräch im Deutschen Historischen Museum in Berlin. Der 100. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts war Anlass für mehrere Vorträge und Diskussionen zur politischen Partizipation von Frauen, unter anderem bei der Vollversammlung des Bayerischen Landesfrauenrates sowie beim Festvortrag anlässlich des 100-jährigen Jubiläums von „Zonta International“ in München. Bei einer Klausurtagung der Bereichsleiter Schule im Regierungsbezirk Niederbayern trug Prof. Münch zu den Themen Politische Bildung, Integration sowie Digitalisierung als Herausforderung für Schulleitungen vor. Beim Lehrermedientag in Dingolfing referierte die Direktorin über die „Bedeutung einer vielfältigen Presselandschaft für die freiheitliche Demokratie“. Ein Gespräch mit der Münchner Regionalgruppe der „Working Moms“, einem Netzwerk beruflich ambitionierter Mütter, drehte sich um den veränderten Stellenwert politischen Engagements. Zu Ehren ihres früheren Chefs und Betreuers ihrer akademischen Abschlussarbeiten, dem 1996 verstorbenen Professor Dr. jur. Heinz Laufer, durfte Prof. Münch im Rahmen der „Laufer-Lecture“ an der LMU München über „Jüngere Entwicklungen im deutschen Föderalismus“ vortragen. Sprachlich heimisch fühlte sich die Direktorin bei ihrem Vortrag „Wenn Rechtsansprüche auf Schulturnhallen treffen: Föderale Interessen und Konflikte in der Asyl- und Integrationspolitik“ im Rahmen einer Ringvorlesung an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch-Gmünd. Bei der Festsitzung des Kreistages des Landkreises Augsburg hielt sie den Festvortrag zum Thema „Die Rolle der Volksparteien – Vergangenheit und Zukunft“. Thematisch ähnliche Gesichtspunkte kamen in einem von ihr moderierten Gespräch mit zwei Münchner Politikern von der SPD und den Grünen im Salon Luitpold „Typisch Politiker?! – Kann Politik überhaupt etwas verändern?“ auf. Hoffentlich überzeugend war der als Appell gemeinte Vortrag der Direktorin beim Neujahrsempfang des Werbeinteressenrings in Eggenfelden: „Politik ist besser als ihr Ruf. Warum es sich lohnt, nicht verdrossen zu sein“.

Kollegium

Dr. Saskia Hieber hält im Rahmen des Lehrauftrags an der Universität Regensburg die Veranstaltung „China's ascent in international relations“. Sie sprach auf ARD-alpha über Chinas Neue Seidenstraßen-Initiative und die Beziehungen zwischen der EU und Asien. Für die Bayerische EliteAkademie analysierte sie die politischen Systeme in Vietnam und China. Politik und Gesellschaft in Nordkorea waren Thema eines Vortrags für die Konrad-Adenauer-Stiftung, für die Gesellschaft für Außenpolitik sprach sie über die „Belt and Road Initiative“ und für einen Wirtschaftsverband über Chinas zukünftige Außen- und Wirtschaftspolitik. Ferner moderierte sie eine Veranstaltung zu „Containment and cooperation in U.S.-China relations“.

Dr. Andreas Kalina nahm in Passau als Berater am Bürgerdialog der Europäischen Kommission zu „Europas Zukunft: Was hält uns zusammen?“ teil. In München wirkte er an der Expertenrunde „Europäische Perspektiven und Aktionen – Demokratie? Vertrauen?“ mit.

Dr. Michael Mayer sprach auf ARD-alpha zur „Geschichte von Wahlen und Freiheit“. Am Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei referierte er über „Grenzkontrollen in der Bundesrepublik und Großbritannien seit den 1950er Jahren“.

Jörg Siegmund, M.A., hielt den Vortrag „Identität, Macht und Vertrauen – 100 Jahre Freistaat Gotha und die Perspektiven der parlamentarischen Demokratie“ beim Forschungszentrum Gotha der Universität Erfurt. Er referierte mehrfach zur bayerischen Landtagswahl, u. a. bei der Hanns-Seidel-Stiftung und vor dem Landesvorstand der IG BCE.